Alhambra

Zeitung und Programm

Februar '04

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

inhalt

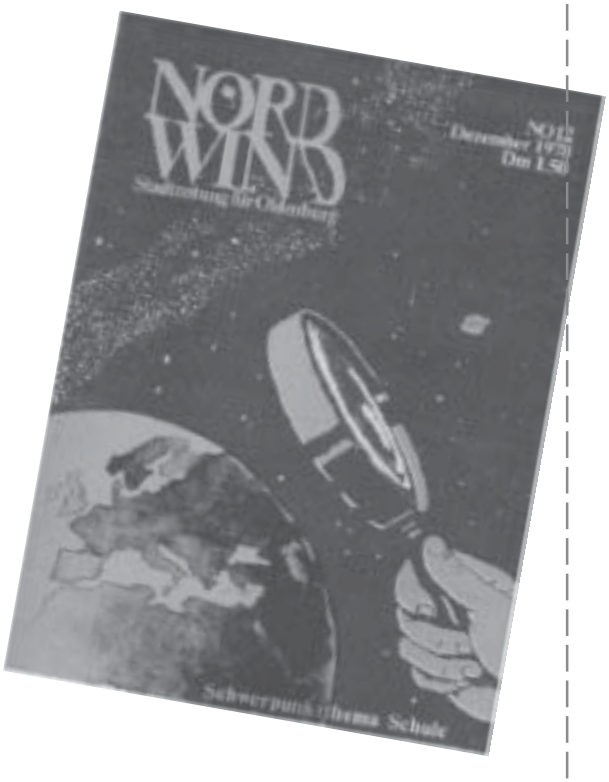
Alhambra Archiv	3
Eine unbelastete Kolonialmacht	4
„Wilder Streik" bei Ford 1973	6
Argentinien: „obras sin patron"	9
Chiapas: Frauen in der EZLN	10
Europäisches Sozialforum 2003	13
Rollenwechsel	19
Demoaufrufe	20
Konzerte	22
Rechtshilfe Comix	23

Alhambra-Archiv

An dieser Stelle soll zukünftig ein kleiner Einblick in den Bestand des Archivs dazu anregen, einfach mal im Archiv vorbeizuschauen um zu stöbern und vielleicht auch mitzuarbeiten. Arbeitsfelder sind ausreichend vorhanden. Seit Mai 1995 gibt es das Alhambra-Archiv. Den Grundstock bildeten die Unmengen an diversen linken Dokumenten, die sich im Laufe der Zeit im Alhambra angesammelt hatten: Zeitschriften, Bücher, Flugblätter, Broschüren, Plakate etc. Für Kontinuität in der linken Politik ist es wichtig, aus Erfahrungen früherer Bewegungen lernen zu können. Aber auch für Eure Recherche, für einen Artikel oder ein Referat, könnte das Archiv nützlich sein. Schaut einfach mal vorbei. Auf ca. 150 Regalmetern sind über 1000 Zeitschriftentitel und ca. 250 themenspezifische Schuber zu finden. Das Archiv (Seiteneingang vom Innenhof) ist **montags** von **18-20 Uhr** geöffnet.

Vor 25 Jahren erschien die Ausgabe No. 12 /1978des **Nordwind** - Stadtzeitung für Oldenburg. Kartonierter Umschlag, Din A4, 48 Seiten. Der Nordwind wurde vom gleichnamigen Kollektiv herausgegeben. Redaktionsadresse des Kollektivs war das im selben Jahr eröffnete Alhambra. Noch heute erinnert der sogenannte Nordwindraum (Computerraum) an die Geschichte dieser Zeitung. In einer Auflage von 2000 Exemplaren erschien der Nordwind monatlich und wurde zum Stückpreis von 1,50 DM verkauft. Auch ein Abobezug war möglich. In der vorliegenden Ausgabe wurde der Schwerpunkt Schule auf 15 eng beschriebenen und mit Zeichnungen layouteten Seiten ausgiebig betrachtet. Ein Erlebnisbericht einer Schulhospitation in der alternativen Glockseeschule in Hannover liest sich auch heute noch spannend. Themen wie Sterilisation des Mannes, Stromzahlungsboykott, Jugendarbeits-losigkeit, Gorleben, Informationen über Wärme-Kraft-Koppelung usw. füllen neben anderen Pressemitteilungen das Stadtmagazin. In der Heftmitte, und zum Herausnehmen, befindet sich in dieser Ausgabe eine Veranstaltungskalender für Oldenburg und umzu. Ein paar Auszüge aus dem Kalender geben einen kleinen Überblick über das kulurelle Leben in Oldenburg und umzu.

Freitag, 01.12.78, 20 Uhr, Pumpwerk Wilhelmshaven: Dieter Sülverkrüp.
Mittwoch, 6.12.78, 20 Uhr, Weser Ems Halle: Novalis
Freitag, 08.12.78, 20 Uhr, Altes Zollhaus Tweelbäke: Alan Toys
Sonntag, 10.12.78, 14.30 Uhr, Alhambra, Kinderfilm: Don Blech und der goldene Junker
Mittwoch, 13.12.78, 20 Uhr, Alhambra Film: Das Blut des Kondors, Bolivien 1969.
Samstag, 16.12.78, 20 Uhr, Alhambra Pressefest: Nordwind, Tageszeitung, Atomschnack, mit Oldenburger Pantomimen und Klaus dem Geiger.
Am Ende des Veranstaltungskalenders (31 Tage!!!) stehen dann noch die Regelmäßigen Termine im Alhambra, Im Frauenzentrum (Donnerschweer Str. 56), und im Dammtor.
Kleinanzeigen, Leserbriefe, wichtige Adressen und Werbung runden das Bild der Stadtzeitung **Nordwind** ab.



Eine unbelastete Kolonialmacht?

Am 12. Januar 1904 - vor 100 Jahren - begann der Krieg deutscher Kolonialtruppen gegen Herero und Nama, den afrikanischen Bewohnern des damaligen Deutsch-Südwestafrika, des heutigen Namibia. Mit direkter Zustimmung des deutschen Kaisers setzte General v. Trotha seine Ankündigung um, die Herero und wenig später die Nama zu vernichten. Herero und Nama leisteten vier Jahre entschiedenen Widerstand gegen die mit überlegenen Waffen ausgerüsteten Deutschen.

Namibia 1905

Im Jahr 2004 jährt sich zum 100. Mal der Völkermord deutscher Kolonialtruppen an den Herero und Nama im heutigen Namibia. Zum 120. Mal jährt sich die Afrika-Konferenz, zu der der deutsche Reichskanzler Bismarck am 15.11.1884 nach Berlin eingeladen hatte. Auf der Konferenz teilten die europäischen Staaten den afrikanischen Kontinent untereinander auf. Zwei Anlässe, an die 2004 mit der Anti-colonial- Africa-Conference Berlin im November 2004 erinnert werden soll. Im Vorfeld der Konferenz finden mehrere Veranstaltungen statt.

In Europa bestimmt koloniales Bewußtsein immer noch den Alltag und das politische Handeln. Unter dem Vorwand „Frieden zu bringen", wird gerade der erste gemeinsame europäische Krieg im Kongo geführt. Der Krieg wird die kolonialen Strukturen in Wirtschaft und Politik, Kultur und Alltagsleben auf neuem Niveau festigen und die afrikanischen Länder weiter ausplündern und zerstören. Die Kriege in Afrika haben Millionen Menschenleben gekostet und die Menschen gezwungen, für Billigstlöhne für den Weltmarkt zu arbeiten. Die kolonialen Strukturen wirken auch in die weißen Gesellschaften zurück. Sie reproduzieren und konstruieren - neues - koloniales Bewußtsein, Herrenmenschentum, Kriegslogiken, Frauenunterdrückung, technischen Machbarkeitswahn. Wir wollen diese Gewaltverhältnisse bekämpfen.

Wir, das sind Menschen aus verschiedenen afrikanischen und europäischen Ländern. Uns verbindet das Ziel, die gewaltförmigen Konzepte als patriarchale, als koloniale Herrschaft anzugreifen und zu verändern. Wir wollen Herrschafts- und Gewaltverhältnisse, Dominanz-und Ausgrenzungs-mechanismen aufspüren, delegitimieren und abschaffen. Diesen Prozeß möchten wir mit Vielen vorantreiben, in unterschiedlichen Formen, mit Respekt und Solidarität. Die Erfahrungen des antikolonialen Widerstandes sind dabei bestimmend.

Mit Kolonialverbrechen in Afrika werden England, Frankreich, Belgien und Holland in Verbindung gebracht - Deutschland nicht. Dass Deutschland überhaupt Kolonialmacht war, ist aus dem öffentlichen Bewusstsein nahezu vollständig verdrängt, so dass auch der erste europäische Kriegseinsatz (in der Demokratischen Republik Kongo im Sommer 2003) mit deutscher Beteiligung kaum auf Widerspruch stieß. Deutschland wird als »neutrale« Macht zwischen den anderen Kolonialstaaten bezeichnet, das seine Interessen in Afrika besonders gut durchsetzen kann, denn es habe eine einmalige Position: »bei allem wirtschaftlichen Interesse bringt niemand auf dem Kontinent die Bundesrepublik mit einer langen Kolonialgeschichte in Verbindung«.

Mit solchen Sätzen will die Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium Uschi Eid, die Öffentlichkeit in Deutschland auf einen stärker militärisch unterstützten wirtschaftlichen Einsatz in Afrika vorbereiten, der wiederum mit Floskeln der Friedenssicherung begründet wird. Am 12. Januar 1904 - vor 100 Jahren - begann der Krieg deutscher Kolonialtruppen gegen Herero und Nama, den afrikanischen Bewohnern des damaligen Deutsch-Südwestafrika, des heutigen Namibia. Mit direkter Zustimmung des deutschen Kaisers setzte General v. Trotha seine Ankündigung um, die Herero und wenig später die Nama telbaren Kriegshandlungen überlebt hatte, wurde in - so wörtlich - »Konzentrazu vernichten. Herero und Nama leisteten vier Jahre entschiedenen Widerstand gegen die mit überlegenen Waffen ausgerüsteten Deutschen. Wer die unmittionslager« gesperrt, wo Zwangsarbeit geleistet werden musste. Allein beim Bau der Eisenbahnlinie von Lüderitzbucht nach Keetmanshoop starben in 18 Monaten 1.359 von 2.014 Häftlingen. Viele Tausend starben infolge der katastrophalen Unterbringung und fehlender Ernährung. Nach Beendigung des Krieges 1908 waren 80% des Hererovolkes und mehr als die Hälfte der Nama ermordet. Die Überlebenden wurden »verschont«, weil sie zur Arbeit herangezogen werden sollten.
Der Krieg gegen die Herero und Nama unterscheidet sich von den Massenmorden, die Siedler oder lokale Milizen in anderen Ländern zu dieser Zeit verübten, denn er wurde mit Billigung des Staatsoberhauptes (des Kaisers) ausdrücklich als Vernichtungskrieg geführt und mit den todbringenden Bedingungen in den »Konzentrationslagern« als Völkermord fortgesetzt.
Bis heute hat sich die Regierung der Bundesrepublik geweigert, die Überlebenden und ihre Nachkommen um Entschuldigung für diese Verbrechen zu bitten und sie zu entschädigen. Eine in den USA erhobene Klage der Herero versucht sie mit juristischen Tricks zu Fall zu bringen.

Daten deutscher Kolonialpolitik in Deutsch-Südwestafrika:

1871 Gründung des (zweiten) deutschen Kaiserreiches.

1879 Gründung des »Westdeutschen Vereins für Kolonisation und Export«

1884/85 Die Gebiete Südwestafrika, Kamerun, Togo und Ostafrika werden zu deutschen »Schutzgebieten« erklärt. (Kaiser Wilhelm I. beteiligt sich privat mit 500 000 Mark an einer Kolonialgesellschaft.)

15.11.1884-26.2.1885 »Afrika-Konferenz« in Berlin, Aufteilung des schwarzafrikanischen Kontinents unter die europäischen Staaten; Bodenschätze und Arbeitskräfte in Afrika werden systematisch für Europäer nutzbar gemacht.

1885-1903 Vielfältige Widerstandsaktionen in Südwestafrika, Kamerun und Ostafrika gegen die deutsche Kolonisatoren.

Ende 1903 Um einen bewaffneten Widerstand von Bondelzwarts im Süden von Deutsch-Südwestafrika niederzuschlagen, werden große Teile der Kolonialtruppen dorthin verlegt. Im Herero-Land werden die Forderungen deutscher Siedler nach Land immer aggressiver. Die Morddrohung eines deutschen Kolonialoffiziers gegen einen Herero- Chief ist Auslöser des am 12.1.1904 ausbrechenden bewaffneten Widerstands der Herero unter ihrem Chief Samuel Maharero.

11.8.1904 In einer Kesselschlacht am Waterberg werden die Herero (die sich dorthin mit ihren Familien zurückgezogen hatten) von den deutschen Kolonialtruppen unter General Lothar v. Trotha geschlagen, die Überlebenden planmäßig in die Trockenwüste Omaheke getrieben. Der deutsche Generalstab: »Die wasserlose Omaheke soll vollenden, was die deutschen Waffen begonnen haben: Die Vernichtung des Hererovolkes«.

Oktober 1904 Die Nama unter ihrem Chief Hendrik Wittboi nehmen den Kampf gegen die Kolonialtruppen auf; in einem Guerilla-Krieg leisten sie u.a. mit Jacob Morenga als Anführer bis 1907 erbitterten Widerstand.

November 1904: 112 Nama werden nach Togo und später nach Kamerun deportiert, von ihnen kehrten lediglich 46 nach Südwestafrika zurück.

11.12.1904 Reichskanzler v. Bülow ordnet an, für die »Reste des Hererovolkes Konzentrationslager« einzurichten.
1905-1908 Die Haftbedingungen in den Konzentrationslagern, in die Herero und Nama verbracht werden, sind verheerend. Die Gefangenen müssen Zwangsarbeit verrichten, die Ernährung und Unterbringung ist katastrophal, von den ca. 15.000 Inhaftierten sterben 7.700.

Januar 1906 Bei einer spektakulären Ausbruchsaktion gelingt 120 Menschen die Flucht.

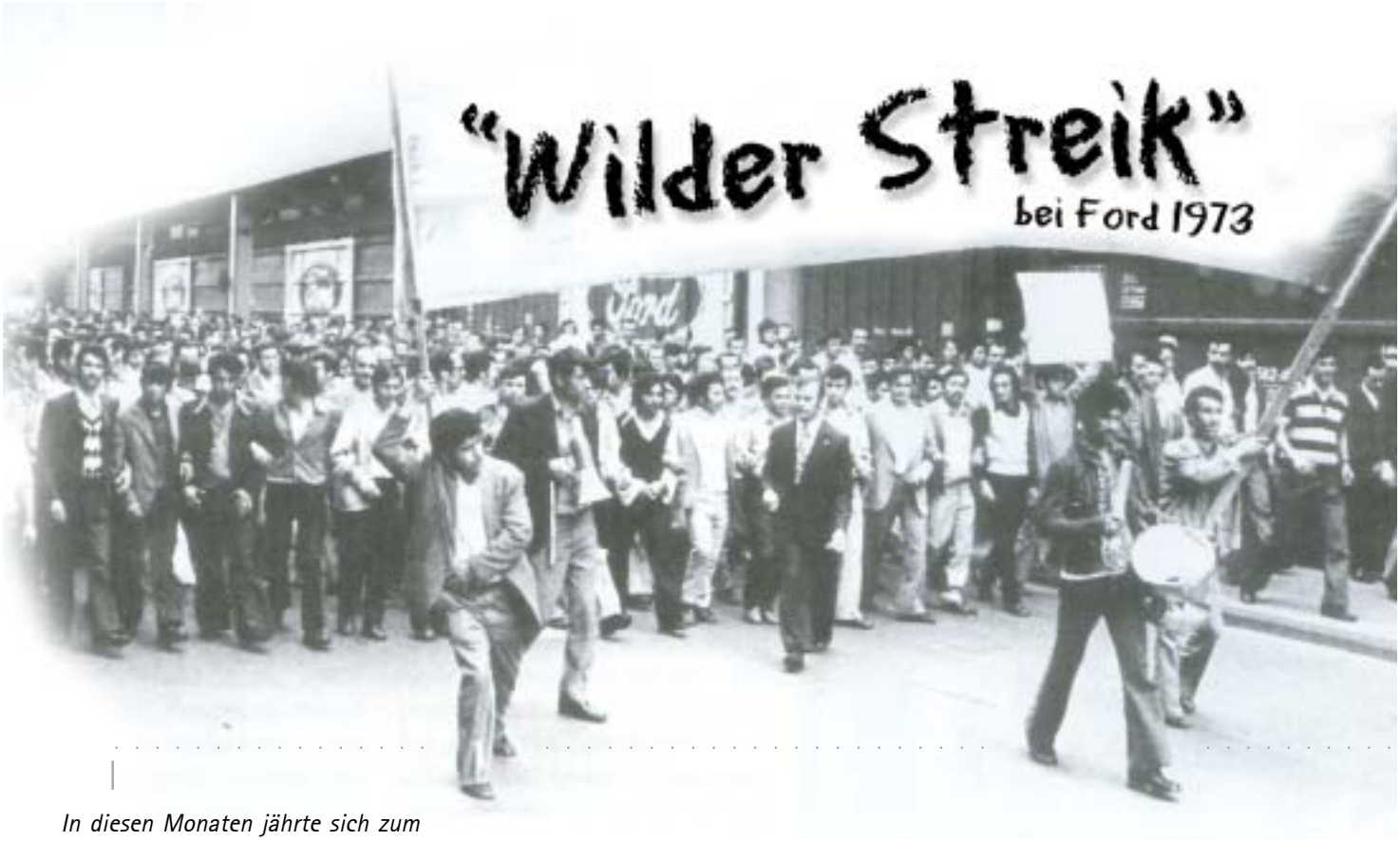
1907 Verordnung, dass alle Schwarzen eine »Passmarke« tragen müssen, die auf Verlangen jedem (!) Weißen gezeigt werden muss. Allen am Krieg beteiligten »Stämmen« wird ihr gesamtes Eigentum weggenommen und zum deutschen Staatseigentum erklärt, selbst das Halten von Pferden und Rindern ist ihnen verboten. Dies ist Teil des Programms der »Erziehung« zur abhängigen Arbeit.

1908 Die »Konzentrationslager« werden aufgelöst. Nur ein Fünftel der gesamten Herero Bevölkerung und etwa die Hälfte der Nama überlebten den Krieg, Vertreibung und Lager.

1915 Im Verlauf des 1. Weltkrieges ergeben sich die deutschen Kolonialtruppen in Südwestafrika den südafrikanischen Unionstruppen.

1919 Im Versailler Vertrag tritt Deutschland alle Kolonien ab, sie werden dem Völkerbund unterstellt.

Initiative „Anticolonial Africa Conference“



In diesen Monaten jährte sich zum dreißigsten Mal die Arbeitsniederlegung türkischer ArbeitsmigrantInnen im Ford-Werk in Köln-Niehl. Dieser inzwischen zur Legende gewordene Arbeitskampf bildete in den letzten 30 Jahren immer wieder Beispiel und Bezugsrahmen für die Austragung sozialer Konflikte im Betrieb unter möglichst weitreichender Beteiligung der »ausländischen KollegInnen«. Außerdem wurde dieser Arbeitskampf zum Beispiel eines »wilden Streiks«, auch gegen den Willen von DGB und Einzelgewerkschaften, in diesem Fall der IG-Metall.

Der politische Umgang mit dem Streik heute – ein Knapper Abriss

Hinter all dieser – natürlich sehr verkürzt dargestellten – Bezugnahme auf den Kölner Streik, scheint das Wissen um die konkreten Ereignisse und die beteiligten AkteurInnen langsam zu verschwinden. Dass die Erinnerung an den Arbeitskampf bei Ford bei den von staatlicher und gewerkschaftlicher Seite zu verantwortenden Feierlichkeiten zum 40-jährigen Jubiläum des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens im Jahr 2001 keinen Raum fand, ist nicht verwunderlich.
Auch die radikale Linke hat sich allerdings der Auseinandersetzung um diese beiden symbolträchtigen Erinnerungsdaten bundesrepublikanischer Geschichte nicht offensiv gestellt. Hervorzuheben ist hier »kanak attack«, die sich im Kontext von 40 Jahren deutsch-türkischem Anwerbeabkommen darum bemühten, die historischen Ereignisse um den Ford-Streik zu vermitteln und zwar gerade auch als ein Beispiel eines selbstbewussten Kampfes türkischer ArbeitsmigrantInnen um Würde – ein Begriff, der ja sehr viel mehr einschließt, als »nur« die Durchsetzung sozialer Veränderungen im Betrieb. Außerdem stellte »kanak attack« im Zusammenhang mit dem Ford-Streik die wichtige Frage nach den Bedingungen des Zugangs und der Nutzung der Ressourcen »Geschichte, Erinnerung und Gedächtnis« für MigrantInnen in der BRD.

Das Datum des Ford-Streiks hätte für die radikale Linke im übrigen aber auch deshalb beachtenswerter sein sollen, weil es über das konkrete historische Ereignis hinaus weist. 1973 war eben auch das Jahr des von der Bundesregierung verhängten Anwerbestopps. Damit wurde eine neue Dimension rassistischer Politik eingeleitet, die MigrantInnen verstärkt als »Problem« ansah. Diese Sichtweise wird in der zeitnahen medialen Berichterstattung über den Ford-Streik bereits deutlich.

Der Streik – was war eigentlich passiert?

Der Kölner Ford-Streik reiht sich ein in eine bundesweite Bewegung von wilden Streiks, an denen sich zwischen Februar und Oktober 1973 mehrere tausend ArbeiterInnen – mehrheitlich aus der Auto- und Stahlindustrie beteiligten. In einigen Betrieben wurden die Streiks im Zusammenspiel zwischen Polizei und Werkschutz zum Teil brutal beendet.

Worum ging es bei dem Streik, der sich zwischen dem 24. und dem 30. August 1973 auf dem Ford-Werksgelände in Köln-Niehl abspielte? Der Kölner Automobilhersteller beschäftigte seit 1961 türkische ArbeitsmigrantInnen. 1973 bildeten die türkischen ArbeiterInnen mit 12.000 Beschäftigten bereits etwa ein Drittel der Gesamtbelegschaft. Die Arbeits- und Lohnbedingungen der türkischen ArbeiterInnen waren schlecht

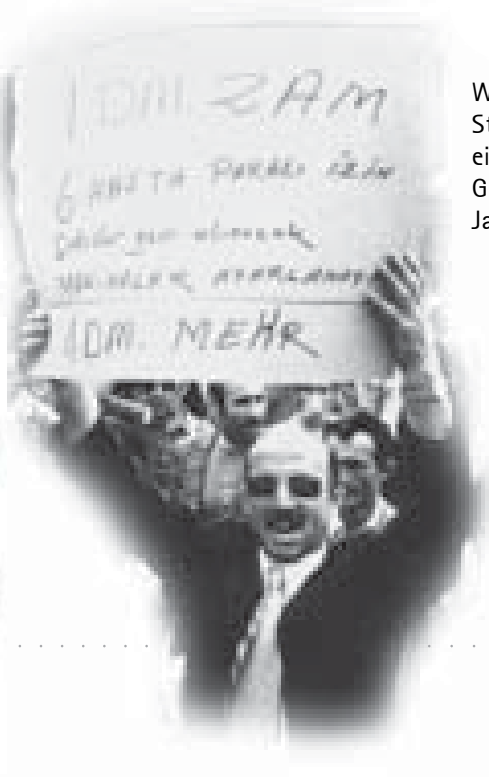
und standen hinter denen der deutschen KollegInnen zurück. Sie wurden zu 90 Prozent in der Fließbandarbeit eingesetzt, viele von ihnen in der äußerst arbeitsintensiven Endfertigung. Den eigentlichen Anlass für den Streik bildete dann die Entlassung von ca. 300 türkischen ArbeiterInnen im August 1973. Der Grund ihrer Entlassung war die verspätete Heimkehr aus dem Urlaub. Auf einer Betriebsversammlung eine Woche vor dem Streik erklärten sich die türkischen KollegInnen solidarisch mit den Entlassenen, während die meisten deutschen ArbeiterInnen die Entlassungen zum Teil demonstrativ begrüßten. Ihnen fehlte das Verständnis für die Situation der türkischen ArbeiterInnen, die von den vier Wochen Werksurlaub schon etwa 10 Tage für Hin- und Rückreise in und aus der Türkei verbrauchten und deshalb ihre Familien nur etwa drei Wochen sahen. Trotzdem beteiligten sich zunächst – wenn auch zögerlich – deutsche ArbeiterInnen am Streik. Nachdem türkische KollegInnen sich bereit erklärten, die liegengebliebene Arbeit der verspätet Heimgekehrten mit zu übernehmen, falls die Kündigungen zurückgenommen würden, die Leitung des Ford- Werks diese Zusage aber letztlich nicht einhielt, kam es am Freitag, den 24. August 1973, zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen auf dem Werksgeländ
.

Generell ist festzuhalten, dass die Streikwilligen während des gesamten Streiks auf dem Werksgelände präsent waren und gerade nicht, wie es sonst in bundesdeutschen Arbeitskämpfen die Regel war, von daheim aus streikten. Die der Arbeitsniederlegung folgenden Streikforderungen der türkischen ArbeiterInnen machten deutlich, dass die nicht zurückgenommenen Entlassungen nur den Endpunkt einer Entwicklung bildeten, die von einer kontinuierlichen Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen des türkischen Teils der Belegschaft geprägt gewesen war. So wurde neben der Rücknahme der Entlassungen u.a. eine D-Mark mehr Stundenlohn, sechs Wochen bezahlter Urlaub, eine Reduzierung der Bandgeschwindigkeit sowie der Wegfall der Billiglohngruppen gefordert. Die Reaktion der Werksleitung sprach für sich: Sie versprach zunächst lediglich, die Entlassungen zu überprüfen und stellte eine einmalige Teuerungszulage von 280,- D-Mark in Aussicht, die jedoch der gesamten Belegschaft zu Gute gekommen wäre. Der Betriebsrat verhielt sich indifferent. Er verhandelte bis zum Montag, den 27. August, direkt mit der Geschäftsleitung, musste dann jedoch erkennen, dass er bei den Streikenden über keine Legitimation mehr verfügte. Die türkischen ArbeiterInnen nahmen den Streik schnell selbst in die Hand und ernannten eigene Streiksprecher- Innen. Als dem Betriebsrat und der IGMetall klar wurden, dass sie den Streik nicht mehr kanalisieren konnten, versuchten sie, die deutschen KollegInnen durch eigene Demonstrationen auf ihre Seite zu ziehen, was auch gelang. Am Mittwoch, den 29. August, streikten nur noch deutsche Lehrlinge und AushilfsarbeiterInnen mit ihren türkischen KollegInnen.

Parallel dazu wandelte sich auch die Presseberichterstattung. War der Streik zunächst in Teilen der Presse zwar als illegal, aber doch verständlich apostrophiert worden, gewannen vermehrt Medienstimmen an Boden,die den sozialen Protest ethnisierten. Plötzlich ging es nicht mehr um Bandgeschwindigkeiten, sondern um das »Türkenproblem « bei Ford. Die SPD-geführte Landesregierung tat ein übriges, um zur Kriminalisierung der Streikenden beizutragen: Innenminister Weyer teilte am 29. August mit, dass die Streikenden bei Ford von Kriminalpolizei und Verfassungsschutz beobachtet würden. SPD-Bundeskanzler Willy Brandt hatte die Streikenden bereits einen Tag zuvor aufgefordert, in »die Arme der Gewerkschaft« zurückzukehren. Bestärkt durch das Gefühl, die öffentliche Meinung auf ihrer Seite zu haben, beendete die Werksleitung den Streik nach einer Woche gewaltsam. Gedeckt durch eine Gegendemonstration von sogenannten Arbeitswilligen gelangten Polizeikräfte auf das Werksgelände, die sofort begannen die AktivistInnen aus der Streikleitung festzunehmen. Flankiert wurde diese Aktion von folgender Schlagzeile der Bild- Zeitung: »Deutsche Arbeiter erkämpfen ihre Fabrik zurück«. In Folge der brutalen Zerschlagung des Streiks wurden über 100 türkische ArbeiterInnen fristlos entlassen, etwa 600 nahmen das »Angebot« an, die fristlose in eine »freiwillige Kündigung« umzuwandeln. Der Betriebsrat legte gegen keine der Entlassungen Einspruch ein.

Der Ford-Streik – was bleibt?

Wie wird nun in der Rückschau an den Streik von 1973 erinnert? Bereits in einem Film über den Streik von Thomas Giefer und Klaus Baumgarten aus dem Jahr 1982 (»Diese Arbeitsniederlegung



war nicht geplant«, WDR-Fernsehfilm) wird die unterschiedliche Bewertung des Streiks deutlich. So wird der Streik aus der Sicht der ehemaligen Streikenden u.a. als »lange Niederlage« bezeichnet. Der ehemalige Betriebsratssprecher Kuckelkorn hingegen räumt im Film zwar ein, dass der Betriebsrat die Streikenden nur mangelhaft betreut hätte, führt als Folge dieser mangelhaften Betreuung dann aber lediglich an, dass dadurch die als Streikführer apostrophierten »Agitatoren« freie Bahn gehabt hätten. Kein Wort über die verräterische Rolle des Betriebsrats gegenüber den türkischen KollegInnen. Dass gerade ZeitzeugInnen aus dem gewerkschaftlichen Kontext bis heute bei der Bewertung der Ereignisse von 1973 massiv von der Institution »Gewerkschaft« geprägt sind, zeigte auch eine vom »Netzwerk Migration in Europa« in Zusammenarbeit mit der IG-Metall Köln organisierte Tagung zum Ford-Streik vom November 2001. Auch hier wurde die unrühmliche Rolle von Betriebsrat und IG-Metall in erster Linie ausgeblendet. Die Erinnerungsbilder an den Streik werden also in erster Linie von gewerkschaftlicher Seite geprägt und formiert.

Dass türkische ArbeiterInnen, die am Streik beteiligt waren, auch bei dieser Tagung nur am Rande zu Wort kamen, führt beispielhaft zurück zu der eingangs formulierten Frage nach den schwierigen Bedingungen für die Etablierung einer Erinnerung an politische Kämpfe von MigrantInnen in der BRD. Hierzu ein Beispiel: Im Sommer 2001 wurde mit großem Bahnhof in Berlin der erste Band der insgesamt dreibändigen »Deutschen Erinnerungskultur« vorgelegt. In dieser umfassenden Sammlung von »Erinnerungsorten« stößt man zwar auf das Kapitel »Flucht und Vertreibung«, nicht jedoch auf ein Kapitel zur Arbeitsmigration in die BRD. Das Buch präsentiert eine ethnisch homogene Erinnerungskultur, in der die Geschichte von MigrantInnen keinen Platz findet und nicht einmal im Ansatz davon ausgegangen wird, dass die Arbeitsmigration in die BRD in irgendeiner Form Spuren bei der sogenannten »Mehrheitsgesellschaft« hinterlassen hätte. Das Buch fügt sich ein in die Versuche der gegenwärtigen Bundesregierung, eine »nationale Erinnerungskultur « zu etablieren. Das geplante »Zentrum gegen Vertreibungen« in Berlin gibt diesen Versuchen stellvertretend manifest Ausdruck.

Was dagegen tun?

»Erinnerung« als wichtige Ressource zu fassen, als Teil einer Gegenkultur gegen staatlichen und alltäglichen Rassismus zu verstehen und gegen erhebliche politische Widerstände in den öffentlichen Raum zu tragen und handlungsleitend für aktuelle Kämpfe zu machen, ist eben auch von der radikalen Linken in den letzten Jahren nur unzureichend versucht worden. Um die Etablierung einer Erinnerung an soziale und politische Kämpfe von MigrantInnen in der BRD voranzubringen und handlungsleitend für das Agieren in aktuellen politischen Kämpfen gegen soziale Ausbeutung und Rassismus zu machen, ist es aber notwendig zu wissen, was beispielsweise beim Ford- Streik passiert ist. Außerdem sollten ähnliche Ereignisse dem Vergessen entrissen werden. Erinnert sei hier stellvertretend an Aktionen der »plakat«- Gruppe um Mario d´ Andrea und Willi Hoss in den 1970er Jahren bei der Daimler-Benz AG. Auch im politischen Umgang mit ihnen spielte die IG-Metall im übrigen eine sehr unrühmliche Rolle.

Artikel geklaut aus:

Das neue Jahr der "obreras sin patrón"

von caminante -aus indymedia

Am 29. Dezember übernahm eine Gruppe von Arbeiterinnen erneut die Textilfabrik Brukman. Begleitet von einem Gewerkschafter und Beamten der Stadtverwaltung kontrollierten sie nun die Fabrik, aus der sie acht Monate zuvor geräumt wurden, um das Verfahren abzuschließen, das sie in den Besitz dieser Anlage bringt.

Der Triumph der ArbeiterInnen [der besetzten Fabrik Brukman in Buenos Aires] hat den Geschmack der Freude über die Eroberung, gewonnen durch pure Beharrlichkeit, dank der Zähigkeit dieser Frauen und Männer, die es am 18. Dezember 2001 verstanden haben, sich innerhalb eines Tages der argentinischen Rebellion voranzustellen und ihre eigene Rebellion zu verwirklichen indem sie die Firma besetzten. Diese Eroberung verdankt sich den Schritten (nach vorn) die die Näherinnen machten: Dem Mut, die Besetzung am 19. Dezember weiterzuführen, als der damalige Präsident Fernando de la Rúa den Ausnahmezustand über das Land verhängte. Dann der Courage die Produktion wiederaufzunehmen und so den Namen Brukman zu verwandeln: Aus dem Namen eines ausbeuterischen Unternehmers in ein Symbol einer wegweisenden Erfahrung: Der der Arbeiterinnen ohne Herren. Die Entscheidung, ein ums andere Mal die zurückeroberte Fabrik zu verteidigen, bis zu jener fatalen Nacht des 18. April, in der sie geräumt wurde.

Sodann begann die andere Epoche. Die Versuche der Rückeroberung. Die Vögel, die versuchten über die Polizeiabsperrungen zu fliegen und mittels Gas und Kugeln eingesperrt wurden. Frauen, die in diesen Tagen zum ersten Mal das Stechen von Tränengas und das Schwirren der Kugeln spürten, aber auch die Wärme der Solidarität. Frauen, die lernten im Kampf zu wachsen, die sich zu compañeras machten, Genossinnen der piqueter@s, der Feministinnen, der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Stadteilversammlungen, der Arbeiter und Arbeiterinnen von anderen besetzten Betrieben, der Studenten, denen sie öffentliche Vorlesungen in den Universitäten hielten, den Müttern des Plaza de Mayo. Frauen, die uns zu bewegen wußten, uns beibrachten die Widerstände zu nähen und zu sticken, die die Türen der Vorstellungskraft öffneten um zu träumen: Daß nicht nur eine Fabrik möglich ist, sondern ein Land von Arbeitern und Arbeiterinnen ohne Herren, eine Welt der freien Arbeiterinnen und Arbeiter.

Acht Monate lagerten die Näherinnen vor ihrem Betrieb. Sie verhinderten die Versuche der alten Eigentümer diesen mit neuen Arbeitern und viel Polizei wieder zu öffnen. Sie lernten die Solidarität der Streikfonds kennen, die von ArbeiterInnen anderer Unternehmen gesammelt wurden, wie die Genossinnen und Genossen von Zanon, die immer dabei waren. Sie kannten die politische Debatte. Sie lernten die Formen kennen, in denen die politischen Parteien handeln, die der Rechten, die der Linken. Sie lernten die unerfüllten Versprechen der Funktionäre kennen. Sie lernten, ihre Kräfte zu messen. Sie lernten voranzugehen und sich zurückzuziehen. Sie lernten den Moment kennen, in dem alles Begeisterung ist und sie lernten nicht wenige Enttäuschungen kennen. Sie fühlten sich begleitet und sie fühlten sich alleine. Sie kämpften weiter.
Beim Betreten der Fabrik durchlebte Celia all diese Momente wie in einem inneren Film nochmals. Den Verschleiß, den die eigene Gruppe in diesen zwei so harten Jahren erlebte. Die Entscheidungen, die sie treffen mußten, sogar im Widerspruch zu einigen Überzeugungen. Die Bündnisse, die sie eingehen mußten.
Die Freude hat einen bitteren Beigeschmack. Nun will jemand, der gerade dazugekommen ist, der Bewegung seinen Namen und seinen Stempel auf die frierenden und müden Körper dieser Frauen aufdrücken. Die Näherinnen durchkämmen weiter die sechs Stockwerke des Gebäudes. Sie machen öffentlich, daß wichtige Teile fehlen um die Produktion wiederaufzunehmen, wie ein Zentralrechner mit den Entwürfen der Kleidung, Maschinentafeln, Kleidung, die schon fertig für den Verkauf war. „Die Zerstörungen die sie hier angerichtet haben, sind eine Katastrofe," sagt Celia Martínez zu Adital: „Viele automatische Machinen sind kaputt. Wir haben noch keinen kompletten Überblick über die Schäden. Warum soviel Zerstörung, wenn sie doch sagten daß sie die Produktion wiederaufnehmen wollten?" Die Frauen erinnern daran, daß die Einrichtung seit dem Tag der Räumung unter Bewachung der Bundespolizei stand und Brukman und seine Vertreter die Einzigen waren, die eintreten durften. Die Rückkehr der Arbeiterinnen in die Fabrik wurde möglich als durch ihren beständigen Kampf aufgrund dessen das Wirtschaftsgericht am 20. Oktober den Konkurs der Firma und das Parlament sie am 30. Oktober zum „öffentlichen Wohl" (de utilidad pública) erklärte. Die Firma wurde enteignet, um sie der von den Arbeiterinnen gegründeten Kooperative zu übereignen, deren Name an den Tag erinnert, an dem die Besetzung begonnen hatte, den „18.Dezember".

Zwei Jahre sind seit jenem 18. Dezember vergangen, an dem die Näherinnen diesen Schritt taten. Seitdem bezeichnet Brukman was es negiert: Ein Unternehmer, der seine Macht mißbraucht, der all den Betrügereien an den Arbeiterinnen nun noch eine weitere hinzufügt hat: Die Zerstörung des Unternehmens. „Wenn es nicht für mich ist, soll es für niemanden sein" - das scheint die Nachricht des Bourgois an ein Volk zu sein, das vor der Fabrik in Balvanera feiert: „Aquí están, estas son, las obreras sin patrón" - „Hier sind sie, dieses sind sie, die Arbeiterinnen ohne Herren" Zwei Arten zu denken in dieser Zeit, und mehr noch, die Zeit anzukündigen, die kommen wird.

Die Schneiderinnen machten den ersten Schritt. „Der Kampf hat gerade erst angefangen" bestätigt Celia, während sie anstößt auf das neue Jahr der obreras sin patrón.

Der Aufstand vor dem Aufstand:

Frauen in der EZLN

Am 1. Januar 2004 wird der zapatistische Aufstand 10- jährig. Der zapatistische „Frauenaufstand" ist älter! Bereits im Frühjahr 1993 wurden auf Druck der Frauen hin innerhalb der EZLN die revolutionären Frauengesetze angenommen. Wie kam es soweit?

Es ist nicht schwer, unzählige Beispiele aufzuzählen, die die benachteiligte Stellung der Frauen innerhalb der patriarchal strukturierten indigenen Gemeinden aufzeigen. Hier nur einige davon: Frauen erben kein Land. Sie werden heute noch oftmals sehr jung zwangsverheiratet. In der Familienplanung haben Frauen selten ein Mitspracherecht und nach wie vor gilt eine grosse Anzahl Kinder – vor allem Söhne - als Garantie für eine gesicherte Altersvorsorge. In der Gemeindepolitik sind Frauen untervertreten oder werden ganz ausgeschlossen.

Der Arbeitsalltag der Frauen beinhaltet normalerweise bis zu 16 Stunden. Noch in der Nacht steht sie auf, um Tortillas für das Frühstück zuzubereiten. Sie isst erst, wenn die ganze Familie versorgt ist. Sie beaufsichtigt die Kinder, wäscht, putzt, kocht, besorgt Wasser und Holz, das sie aus immer entlegeneren Waldstücken holt . Oft hilft sie ihrem Mann zusätzlich während der Erntezeit auf dem Feld. Zudem haben die Frauen im Gegensatz zum Mann keinen freien Wochentag.

In den indigenen Gemeinden ist die Infrastruktur des Gesundheitswesens praktisch inexistent. Die Frauen tragen für die Gesundheit der ganzen Familie die Verantwortung. Um ihre eigene Gesundheit zu pflegen bleibt wenig Zeit und meistens fehlen die finanziellen Mittel dazu. Viele Frauen sind einsprachig; sie beherrschen das Spanisch nur schlecht oder gar nicht. Viele Mädchen verlassen bereits nach wenigen Schuljahren den Unterricht da sie im Gegensatz zu den Jungen von klein auf „Erwachsenenarbeit" übernehmen. Sie haben in diesem Sinne keine Kindheit.

Über das Geld - inklusive Einkommen der Frau, das sie aus dem Verkauf von Kunsthandwerk oder aus Lohnarbeit erwirbt – bestimmt der Mann. Der häufige Alkoholkonsum der Männer frisst in vielen Fällen nicht nur die ohnehin knappen Ressourcen auf; er ist auch Auslöser für physische, psychische und sexuelle Gewalt gegen die Frauen. Frauen sind nicht nur innerhäuslicher Gewalt ausgesetzt: seit dem Krieg kommen auch unzählige Übergriffe von Seiten der Soldaten oder Paramilitärs dazu. Die Liste wäre noch lange weiterzuführen.

Jedoch sollen hier in einem geschichtlichen Rückblick über die Organisierung der indigenen Frauen einmal andere Aspekte der weiblichen Lebensrealität beleuchtet werden: Ereignisse, die den „typischen" chiapanekisch-indigenen Frauenalltag beeinflusst und verändert haben.

Es taten sich im Rahmen der zapatistischen Organisierung Räume auf, die Frauen die Möglichkeit gaben ihre eigene Wahrnehmung der Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu reflektieren und zu artikulieren. Ein langwieriger Prozess setzte ein, in dem die Frauen in kleinen Schritten ihrer eigenen Realität neue Massstäbe zu setzen begannen und der die heutige aktive Präsenz der Frauen in der EZLN massgebend mitprägte.

PRÄGENDE EREIGNISSE – PRÄGENDE FRAUEN

Zwei fundamentale Aspekte haben die heutige Beteiligung der Frauen und den Einbezug ihrer Forderungen innerhalb der EZLN erheblich beeinflusst: die Kolonisation der Selva, und die veränderten Bedingungen in der Erwerbsarbeit. Am Beispiel der chiapanekischen Region Altos kann man beides sichtbar machen. Die seit den 50er Jahren von der mexikanischen Regierung geförderte Kolonisation der Urwaldregion Selva Lacandona war eine Antwort auf die Landknappheit. Bis zu den 80er Jahren hatten sich über 150'000 MigrantInnen

aus den Altos und der Zona Norte in der Selva niedergelassen. Es galt als selbstverständlich, dass die Frauen ihrem Ehemann folgten und die vertraute Umgebung und den Familienverbund zurückliessen. Sich an die äusserst schwierigen Bedingungen in der Selva anpassend, erlernten die Frauen neue Fähigkeiten und genossen Freiheiten, die ihnen vorher verschlossen blieben. Waren sie zuvor in ihren Heimatdörfern der strengen sozialen Überwachung ausgesetzt, so hatten in ihrer neuen Heimat - in der Menschen aus verschiedenen Gemeinden, mit verschiedenen Religionen und Sprachen zusammengefunden hatten - viele traditionelle soziale Regeln mit der Zeit eine neue Bedeutung erhalten. Eine grosse Sprachenvielfalt kennzeichnete die neuen Dörfer. Die Frauen, die biethnische Ehen eingingen, lernten zusätzlich das Idiom ihres Mannes. Diese Tatsache eröffnete ihnen die Möglichkeit, aus ihrer sprachlichen Isolation auszubrechen und bereicherte ihr Alltagsleben.

Diejenigen die nicht emigrierten, mussten sich neue Einkommensquellen suchen. Die Landknappheit aber auch der niedrige Ernteertrag des steinigen, bergigen Ackerlandes zwangen nicht selten zu Landbesetzungen oder Arbeitsmigration. Temporäre Arbeitsmigration wurde dort zwar seit jeher praktiziert; doch die damals staatlich unterstützte Erdöl-, Transport- und Tourismusindustrie schuf neue Arbeitsmöglichkeiten und förderte in jener Zeit die Arbeitsmigration aus den Altos in ungewöhnlichem Mass. Die Männer blieben nun anders als zuvor für lange Perioden fern von ihren Dörfern. Dies ermöglichte es den Frauen, Verantwortung im Dorf zu übernehmen, was ihr Selbstvertrauen stärkte und ihnen das Erlernen neuer Fertigkeiten ermöglichte. Die fortwährende Not zwang aber auch viele Frauen dazu, sich neue Erwerbszweige zu sichern: auf Märkten in grösseren Nachbardörfern verkauften sie Speisen oder Kunsthandwerk oder arbeiteten in mestizischen Haushalten als Dienstmädchen. Das eigene Einkommen und die damit verbundene grössere finanzielle Unabhängigkeit, ermunterte viele Frauen, ihren Forderungen innerhalb der Familie mehr Nachdruck zu verleihen. Trotzdem darf nicht vergessen werden, dass viele der Frauen, die sich alleine aus der Gemeinde herauswagten, durch Ausschluss von ihren Familien dafür bestraft wurden.

Viele dieser Frauen, die durch die Migration in die Selva Vergleichsmöglichkeiten erhalten hatte, neue soziale Regeln mitprägten, die durch das Alleinsein in den Dörfern oder durch ihre Erwerbsarbeit neue Fertigkeiten erlernten, ein starkes Selbstbewusstsein entwickelten und eine grössere Unabhängigkeit kennen gelernt hatten, wurden später Teil der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee, der EZLN.

KIRCHE UND STAAT – EINE UNBEABSICHTIGTE AUFSTANDSFÖRDERUNG

Zahlreiche unterschiedliche Begebenheiten begünstigten in den vergangenen fünfzig Jahren die Organisation der indigenen Frauen in Chiapas. Neben den bereits erwähnten Aspekten spielten die Befreiungstheologie, aber auch staatliche Institutionen wie das INI (Instituto Nacional Indigenista) eine Schlüsselrolle. Trotz Verfolgung der Eigeninteressen mündete nicht zuletzt auch diese Unterstützung – mit Sicherheit unbeabsichtigt - in die Gründung der EZLN und in die starke Beteiligung der Frauen in der Befreiungsarmee.

Schon in den 60er Jahren organisierten katholische Missionare Seminare zum Thema Menschenrechte. Jede Pastoralgruppe beinhaltete auch eine Frauengruppe. Gemeinsames Bibellesen, Lese- und Schreibunterricht (auf Spanisch und in der Muttersprache), Förderung der Menschenrechte, Schaffung einer Gesundheitsinfrastruktur, aber auch die Arbeit am eigenen Selbstwertgefühl waren Thema. Das INI sowie die Diözese unterstützten zudem die Gründung von Frauenkooperativen, in denen die Kunsthandwerke der Frauen hergestellt und verkauft wurden. Zahlreiche indigene Frauen waren zudem bereits Mitglieder in Bäuerinnen-Organisationen, welche grösstenteils von der PRI ins Leben gerufen und kontrolliert worden waren. Die meisten dieser Organisationen wurden zu einem späteren Zeitpunkt unabhängig.

Die indigenen Frauen haben seit den 50er Jahren begonnen, sich in Bäuerinnenorganisationen und Kunsthandwerk-Kooperativen zusammen zu schliessen. Was als einfache Mitgliedschaft in staatlich kontrollierten oder kirchlichen Gruppen begann, entwickelte sich zum Teil über die Jahre hinweg zur Selbstverwaltung von unabhängigen Frauenorganisationen. Die Ehemänner hatten die Teilnahme der Frauen toleriert; dies aufgrund des institutionellen

Charakters der anfänglichen Organisationen und der Tatsache, dass die Mitgliedertreffen dieser Gruppen meist in der Gemeinde selbst stattfanden. Nach wenigen Jahren jedoch, sahen sie sich einem unumkehrbaren Prozess gegenübergestellt: ihre Frauen hatten einen eigenen, autonomen Weg eingeschlagen, der nicht mehr zu stoppen war.

FEMINISTISCHE VERSUS FEMININE FORDERUNGEN

Nebst Frauenkooperativen und Bäuerinnenorganisationen erlangten ab den 80er Jahren auch Frauenorganisationen in San Cristóbal immer grössere Aufmerksamkeit. Als Reaktion auf eine Gewaltwelle gegen Frauen waren neue Gruppen entstanden und bestehende hatten sich zusammengeschlossen. Es waren vorwiegend Mestizinnen und Weisse, die Mehrzahl von ihnen Akademikerinnen, die diese Gruppen formierten und die einen westlich geprägten feministischen Diskurs vertraten.
1989 entstand aufgrund einer erneuten Vergewaltigungswelle eine Annäherung zwischen den nichtreligiösen Frauengruppen und den Pastoralgruppen der Diözese, in denen die indigenen Frauen vorwiegend organisiert waren. Bald darauf zeigten die Spaltungsversuche der damaligen Regierung jedoch ihre Wirkung: die Regierung legalisierte völlig unerwartet die Abtreibung und behauptete fälschlicherweise, man sei damit auf eine dringende Forderung der Frauengruppen in San Cristóbal eingegangen. Damit wurde die erneute Distanzierung zwischen den religiös geprägten und den nichtreligiösen Frauengruppen erreicht. Vielleicht waren aber auch andere, unüberwindbare Differenzen zwischen den Frauenorganisationen ausschlaggebende Gründe für diesen Bruch:
Eine Kritik, die Feministinnen heute noch den organisierten indigenen und damit auch EZLN Frauen entgegen bringen, dreht sich um die sogenannten „femininen" und „feministischen" Forderungen. Die indigenen Frauen würden vor allem „feminine" Forderungen stellen: also solche, die in Beziehung zum praktischen Alltagsleben stehen. So würden sie den Zugang zu sauberem Wasser, eine stabile Behausung und eine medizinische Infrastruktur in den Vordergrund stellen. Dabei würden sie die „feministischen" Forderungen zurückstellen: jene nach einer besseren Position der Frauen innerhalb der Gesellschaft, nach Aufhebung der ungleichen sozialen Beziehungen zwischen den Geschlechtern.

Der Lebensalltag der indigenen Frauen unterscheidet sich beträchtlich von dem der mestizischen, mehrheitlich in der Stadt lebenden Frauen. Dass die grundlegenden Bedürfnisse der indigenen Frauen nicht annähernd gedeckt sind, hat zwangsläufig eine andere Gewichtung ihrer Prioritäten zur Folge. Abgesehen davon hat sich gezeigt, dass diese Unterteilung in „feminine" und „feministische" Forderungen in der Realität nicht anwendbar ist. Praktische Forderungen und Ziele können, wie folgendes Beispiel zeigt, sehr wohl auch sozio-kulturelle Auswirkungen haben.
Nach dem Massaker von Acteal erhöhte die mexikanische Regierung das Soldatenkontingent in Chiapas. Es war kein Zufall, dass in Acteal so viele Frauen massakriert wurden. Die Botschaft war klar: die Bewegung sollte an ihrem wundesten Punkt getroffen werden: die Mütter, die Kinder und damit die Grundpfeiler. Doch statt zu lähmen, stärkte dieses Ereignis den Widerstand – besonders den der Frauen. Mit der zunehmenden Militarisierung begannen die Frauen ihre Gemeinden vor den militärischen Angriffen zu schützen. Was in Acteal begann, sprach sich schnell herum und in Dutzenden von Gemeinden nahmen die Frauen diese Aufgabe in Angriff. Viele Männer flohen in die Berge, aus Angst in den Militärdienst eingezogen zu werden. Die Frauen blieben in den Gemeinden und bildeten menschliche Schutzschilder. Tag und Nacht hielten sie Wache und konnten so in vielen Dörfern das Eindringen des Militärs verhindern. Die Organisation dieser menschlichen Durchlasssperren war von Anfang an in den Händen der Frauen gewesen.
Ihr Widerstand scheint hier einem praktischen oder „femininen" Ziel zu folgen: das Militär soll nicht in die Gemeinde eindringen können und ihre psychische und physische Integrität sowie ihre Existenz bedrohen. Obwohl sie sich als Mütter und Ehefrauen mobilisierten, um ihr Heim und ihre Familien zu schützen, stellten sie die bestehenden Regeln in den Geschlechterbeziehungen auf den Kopf. Sie übernahmen die Rolle des Mannes, der als traditioneller Beschützer der Familie und der Gemeinde diese Aufgabe normalerweise wahrnehmen würde.
Dass der Prozess der Gleichberechtigung ein elend langer ist, haben wir hier im Westen akzeptieren müssen. Für die Frauen in Chiapas hat dieser Prozess eben erst begonnen. Und sie tun viel um ihn zu beschleunigen.

2 ème Forum Social Europeen 2003

Auch wenn dieser Bericht jetzt reichlich verspätet hier ins Programm gelangen wird, wollten wir doch nicht darauf verzichten, einige der Geschehnisse darzustellen, welche sich im Rahmen des 2. europäischen Sozialforums vom 12. - 16. November in Paris ereigneten.

Obschon wir am 12. November um 4 : 00 Uhr in der Frühe in Richtung Paris aufbrachen, erreichten wir das Sozialforum zu spät, um noch an dem zu Ehren der Militanten erfolgten Empfang durch die uns beherbergenden Stadtteile bzw. die sie repräsentierenden BürgermeisterInnen teilnehmen zu können. Auch das am 12. abgehaltene, wichtige Frauenplenum, haben wir leider nicht mehr rechtzeitig erreichen können. Unter dem Motto Ni putes, Ni soumises (Weder Schwänze noch Unterwerfung) wurde das diesjährige eurpäische Sozialforum eröffnet. Anlaß zu diesem Motto gab die wenige Wochen zuvor erfolgte Selbstverbrennung einer jungen Frau, welche wiederholt sowohl auf offener Straße, als auch in ihrer Wohnung, vergewaltigt worden ist. Ein Verbrechen, daß in Deutschland ebenso gefürchtet wird. Die Sichtbarkeit der Frauenfrage war denn auch eine wichtige Neuigkeit auf diesem Forum. Während der ersten drei Jahre der europäischen Bewegung war sie nicht in dieser Form präsent. Insbesondere Gundrum Schyman hielt als Frontfrau der schwedischen Linken eine sehr erfolgreiche Rede, in welcher sie u.a. die Gewerkschaften dazu aufforderte, die Frauenfrage nicht als ein Problem des Minderheitenschutzes zu behandeln.

Doch kommen wir zunächst noch einmal zu dem Empfang der Militanten durch die kommunistischen Bürgermeister der Stadtteile Montreuil, Bobigny, Ivry, Saint-Denis und La Villette. Die Begrüßungsansprache soll hier in Form eines kurzen Auszuges einmal wiedergegeben werden :

„Montreuil est heureuse et fière de vous accueillir de votre participation au Forum social européen. Votre présence manifeste le besoin profond de renforcer les échanges entre ceux qui refusent de se résigner au modèle dominant de la mondialisation." ... „En vous accueillant, les Montreuillois prolongent leur vieille tradition de solidarité notamment illustrée par l`accueil des militants d`Italie dans les annes 20 et 30, des Républicans espagnols, par sa résistance ^ la barbarie nazie, ou par son refus de la guerre au Vietnam et en Algérie et plus récemment en Irak." ... Permettez-moi de vous souhaiter, au nom des Montreuilloises et des Montreuillois, la bienvenue Montreuil, un bon travail et un bon séjour."

Der unsere Gruppen begrüßende Bürgermeister Jean-Pierre Brard stellte unsere Arbeit im sozialen Widerstand also in eine Reihe mit den der italienischen Militanten gegen Mussolini bzw. den der SpanienkämpferInnen gegen den Francofaschismus. Das uns gewährte Gastrecht wurde ausdrücklich auch in die Tradition des Asyls für Deserteure des Vietnam- und Algerienkrieges gestellt. Unsere Unterkunft (eine Turnhalle mit Duschen und WC's) wurde durchgängig durch Gewerkschafter bez. AnwohnerInnen des uns beherbergenden Stadtteils beschützt, um mögliche Übergriffe durch den FN zu verhindern. Obwohl wir uns nicht mehr in der Republik der Regierung Jospin zusammenfanden, waren die Menschen in Paris uns gegenüber während der Dauer des Forums zunehmend aufgeschlossen, ja oftmals sehr höflich, und vor allem wesentlich interessierter als man es von uns Deutschen gewohnt ist. Unübersehbar wurde diese interessierte Haltung seitens der Pariser Bevölkerung am Tag der Abschlußdemonstration, als die Straßenränder über die Dauer der gesamten Demonstrationsstrecke dicht an dicht mit abertausenden von BürgerInnen gesäumt waren. Ihre spontane Teilnahme war es, welche unsere Manifestation am 15. November auf etwa 250.000 DemonstrantInnen anwachsen ließ (die in Italien erscheinende Unita sprach gar von 500.000 TeilnehmerInnen) !

Die Tage in Paris brachten unglaublich viel Neues. Zahllose Initiativen zu Aktionen, sowie Eindrücke und Informationen drangen an uns heran. Nur wenige von uns nahmen an den wirklichen Aktionen innerhalb und außerhalb von Paris teil; auch weil zunächst ein großes Informationsbedürfnis bestand. Die wichtigsten Aktionen bestanden wohl darin, daß ein schönes Haus in der Innenstadt von Paris besetzt und zum Autonomen Zentrum erklärt wurde. Dieses Autonome Zentrum ist nach wie vor existent ! (Die Anschrift wurde leider nicht erfragt => über : Maison des Metallos). Eine Aktion in der Nähe des Grand Palais mußte abgebrochen werden, da auf dem Champs-Élysées massiv Polizei aufgefahren war. Zuvor gelang eben dort die erfolgreiche Besetzung der Air France Filiale. Wirklich groß war auch die Zahl der TeilnehmerInnen, welche am Freitag das Arbeitsministerium besetzten. Zahlreich waren auch die Aktionen von AC und insbesondere Sans Papiers. Am Freitag abend, dem 14. November, demonstrierten sie z.B. vor der Mairie in Saint Denis für die Aufhebung der Residenzpflicht, tarifliche bezahlte Arbeit und die Aufhebung ihrer Illegalität. Bei Erscheinen der Polizeikräfte besetzten sie kurzum die Mairie und forderten den dort residierenden Bürgermeister zum Gespräch. Dieser erschien dann auch tatsächlich und wies nach kurzem Streit die vor dem Gebäude aufgefahrenen Polizeikräfte an, Saint Denis umgehend zu verlassen und sicherte den Flüchtlingen freies Geleit zu. Die Mairie in Saint Denis, daß sei anbei bemerkt, ist insofern ein geschichtsträchtiger Ort, als von dort aus die Revolution von 1789 ihren Lauf nahm. Uns wurde zum gleichen Zeitpunkt die große Ehre zuteil, daß wir unser Treffen der Deutschen in eben jenem Salle des mariages abhalten durften, in welchem die jakobinischen Konspiranten der Grande Revolution ihre

klandestinen Vorbereitungen zum Sturm auf das Zeughaus trafen. Dies Treffen in der Mairie wäre vor 10 Jahren noch völlig undenkbar gewesen ! Doch dazu später. Schlechter verlief allerdings eine anfangs noch sehr glücklich angehende Anti-Knastdemo. Zuletzt gabs allein dort noch ca. 300 Festnahmen.

Die Mehrzahl von uns nahm aus besagten Gründen (u.a. auch mangelnde Ortskenntnis) an den über 55 Plena, etwa 250 Seminaren und mehr als 100 Workshops teil. Im Nachhinein wurde dem Sozialforum des öfteren ein eher schlechtes organisatorische Ergebnis unterstellt. Dies scheint jedoch auf Unverständnis zu beruhen. Beklagt wurde beispielsweise, daß die Debatten nicht zusammenhängend konzipiert worden sind und daß die fünf unterschiedlichen Tagungsorte etliche Kilometer voneinander entfernt waren.

Zum ersten ist anzumerken, daß ein jeder bzw. jede Gruppe sich die thematischen Zusammenhänge mit Hilfe des überall kostenlos ausliegenden Programmes selbst hätte erschließen müssen. Aufgrund der Menge des Informationsangebotes galt es zudem Schwerpunkte zu setzen ! Was den ReferentInnen gelang, hätte auch den TeilnehmerInnen, zumal bei konsequenter Umsetzung, durchaus gelingen kšnnen. Im übrigen hätten insbesondere die Gruppenzusammenhänge die Möglichkeit gehabt, die Teilnahme an einzelnen Themenfeldern durch Deligierte sicher zu stellen. Zum zweiten zeigt dass Unverständnis gegenüber den vorgefundenen Strukturen, daß manche Forumsbesucher überhaupt nicht reflektiert haben, wer (auch materiell) an unserer Seite kämpft und wer nicht. Dies muß in Zukunft unbedingt anders werden!
Erinnern wir uns nur einmal, wer im Oktober 2003 Mumia Abu Jamal die Ehrenbürgerschaft von Paris verlieh. Nicht die Regierung Chirac war es, sondern der Rat der Stadt Paris, also die VertreterInnen der Kommunen der dortigen Stadtteile. Also einmal ganz genau : nicht die derzeit amtierende französische Regierung stellte und Gebäude und Tagungsräume für das Sozialforum zur Verfügung, sondern die Pariser Kommunen ! Saint-Denis allein wäre als Stadtteil überfordert gewesen, hätte es allen 60.000 ForumsteilnehmerInnen Tagungsräume und Gebäude zur Übernachtung zur Verfügung stellen müssen. Folglich stellten Sie das in Ihrer Möglichkeit stehende für uns bereit, und das waren Plätze, die zu den besten des öffentlichen Eigentums gehören. Wer sich über die Struktur des Pariser Forums beklagt, bringt demnach z.T. die Unfähigkeit zum Ausdruck, sich mit den Kräften auseinanderzusetzen, welche uns aktiv unterstützen. Im übrigen wurde die größe von Paris von vielen einfach unterschätzt. Paris ist eben das, was man eine Weltstadt nennt.

Bevor hier nun eine auszugsweise Darstellung der inhaltlichen Beiträge und der damit verbundenen Auseinandersetzungen erfolgt, sollen die herausragenden Leistungen des 2. ESF noch ganz knapp herausgestellt werden.
Zunächst einmal die maßgebliche Unterstützung der Organisation bzw. der Schutz, und damit die Gewährleistung des problemlosen Ablaufes des Forums, welcher durch tausende Mitglieder der gewerkschaftlichen Basis des CGT erfolgte. Diese Militanten trugen offensichtlich die Hauptverantwortung für die gesamte technische Ausstattung bzw. die Sicherheit der Gebäude. Als organisierte GewerkschafterInnen waren stets höflich und hilfsbereit und man hätte Verständnis dafür haben sollen, wenn sie nicht mehr Menschen in die Tagungsräume hineinließen, als Sitzplätze zur Verfügung standen. Private Sicherheitsunternehmen sind, entgegen anderslautenden Darstellungen, nicht (!) eingesetzt worden. Darüber hinaus ist die große Leistung des Netzwerkes Babel zu erwähnen (auch jetzt wieder in Bombay). Mehr als 900 Frauen und Männer dolmetschten oftmals in fünf (!) Sprachen die Redebeiträge der anwesenden ReferentInnen. Dieser selbstorganisierte Zusammenschluß ermöglichte die simultane Übersetzung von ungeheuren Informationsmengen an ein lingual äußerst heterogenes Publikum. Auch hier erscheint die Härte der geäußerten Kritiken geradezu absurd, zumal diese Leistungen sämtlich in ehrenamtlicher Weise erbracht wurden. Dies gilt auch für das Angebot von warmen Essen durch die Confédération Paysanne.
Zuletzt sei an dieser Stelle noch der Streit um die Akkreditierung erwähnt. Im Ergebnis erhielt Mann oder Frau für 11,-- Euro ein Billet mit dem man für die Dauer des Forums alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen konnte. Damit verbunden war nicht nur ein Deligiertenausweis, welcher den problemlosen Zugang zu allen Foren ermöglichte, sondern auch das Anrecht auf kostenlose Unterbringung. Auch für uns waren diese Deligiertenausweise etwas ungewöhnlich und wir kritisierten den damit verbundenen Ausschlußmechanismus gegenüber denjenigen, welche keinen Ausweis bei sich führten; aber es gab Grund zur Annahme, daß insbesondere der Zutritt zu Gebäuden, welche zu unserer Übernachtung dienten, ohne den Einsatz dieser Ausweise nicht wirkungsvoll gegen unangenehme Besucher (argent provocateur et franc national) geschützt werden könnten. Tatsächlich wurden Besucher ohne Deligiertenausweis abgewiesen. Im übrigen wurde diese Akkreditierung für sozial Schlechtergestellte zum Preis von 7,— Euro erteilt und ist unter den TagungsteilnehmerInnen auch verliehen worden.

Die Tagungorte der Sozialforums waren wie bereits erwähnt auf fünf Plätze verteilt. Diese waren : Saint Denis, Bobigny, La Villette und Ivry. Auch im Nachhinein wurde den Allermeisten allerdings nicht klar, wo sich der fünfte Tagungsort befand. Die italienischen Disobbedienti (Unbeugsamen) bereiteten ihre Aktionen beispielsweise außerhalb der Stadt vor und die Veranstaltungen der Sans Papier (der illegalen Flüchtlinge) sind sowohl zeitlich als auch räumlich verschoben worden. Treffpunkte, die ohne Angabe des Stadtteils vereinbart wurden, konnten in der Regel nicht gefunden werden. Doch nun endlich zum Inhaltlichen der gehaltenen Redebeiträge :

Es gab im wesentlichen fünf thematische Achsen des Programms.

1.) Gegen den Krieg, für ein Europa des Friedens, der Gerechtigkeit und der Solidarität und Weltoffenheit.
2.) Gegen den Neoliberalismus, gegen das Patriachat, für ein Europa der sozialen und demokratischen Rechte.
3.) Gegen die Profitlogik, für eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit und der Nahrungssicherheit.
4.) Gegen die Verwandlung unserer Lebensgüter in Waren, für ein demokratisches Europa der Kultur, der Bildung und Information.
5.) Gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung, für gleiche Rechte, den Dialog der Kulturen, für ein Europa, das Migranten offen steht.

Zu zweit zog es uns in der Frühe des 13. zunächst in eine Podiumsveranstaltung gegen die Profitlogik. Unter dem Titel Nachhaltigkeit von Produktion und Konsumtionsweisen wurden insbesondere lokale Strategien thematisiert. Gefordert wurde vor allem die Rückverwandlung von Privateigentum im Bereich der Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Durch die Restitution dieser ehemals öffentlichen Betriebe sollen wichtige Aufgabenfelder der kommunalen Daseinsvorsorge zurückgewonnen bzw. gestärkt werden. Dieses Ziel gilt es schon deshalb zu realisieren, weil es nur in der Form kommunaler bzw. städtischer Eigenwirtschaft gelingen wird, eine Dargebotssicherheit im Bereich der elementarsten Bedarfsgüter gegen die Sicherheit einer hier drohenden Profitmaximierung durchzusetzen. Ohne eine solche Abdeckung der Bedürfnisse an ElektrizitŠt, Wärme und Wasser ist die Verwirklichung regionaler Autonomie und eine damit einhergehende Obstruktionspolitik gegenüber dem Bund und den Ländern nicht dauerhaft möglich. Es ist nur konsequent, sich nicht nur die zukünftigen Auseinandersetzungen ans Herz zu legen, sondern auch als Gewinner aus diesen hervorgehen zu wollen. Auf unsere Region bezogen gilt es hier z.B. auf scheinbar so uninteressante Aspekte wie die Beteiligungsverhältnisse an der EWE zu achten. Die EWE,befindet sich nämlich zu 72,6 % in öffentlicher Hand und erwarb

kürzlich vom Stromgiganten EON den fehlenden 27,4 % Anteil. Dieser soll demnächst an der Bremer Börse verflüssigt werden. Wenn es gelingt, unsere öffentlichen Anteilseigner zu einem Aktienkauf in Höhe von 2,5 Prozentpunkten zu bewegen, bestünde für Außenstehende keine Möglichkeit mehr, in Form einer Sperrminorität auf unsere lokale Energieversorgung Einfluß zu nehmen. Tragisch wäre es natürlich, wenn unser EWE-Vorstandsvorsitzender, Herr Dr. Brinker, seine gleichzeitige Position als Vorsitzender des VDEW mißverstehen würde.

Politisch sollten die Land- und Stadträte unserer Region ihre Blicke auf den Sitz der noch amtierenden Bezirksregierung Weser-Ems richten. Von unserer Seite her wäre es notwendig, die Gründung eines Oldenburgischen Sozialforums vorzubereiten. Um ein solches Forum erfolgreich verankern zu können, bedarf es der Konstitutionierung an verschiedenen Orten. Neben der Durchführung der dazu erforderlichen Veranstaltungen hätte es Sinn, von Zeit zu Zeit mittels spektakulärer Aktionen die Öffentlichkeit zu erregen. Da dies einen hohen Kraftaufwand mit sich bringt, sollten die hier angesprochenen Möglichkeiten und Ziele in kleinen Schritten realisiert werden. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß solche Konzepte der Autonomie die Stimmung des ESF spiegeln: Handeln oder Untergehen !
Um dem Untergang dauerhaft entgehen zu können, wurde uns Militanten dringend die Zusammenarbeit mit den kommunalen Gebietskörperschaften nahegelegt. Wir stellen dabei möglicherweise eine Macht dar, die über die sich derzeit bildenden Sozialforen entscheidend zur Realisierung einer anderen Welt beitragen kann. Allein in Frankreich versammelten sich im Vorfeld des ESF zwischen Oktober und November in mehr als 150 Städten verschiedene Gruppen zu Stadtteil- bzw. stadtweiten Sozialforen. In Italien haben sich seit dem ESF 2002 in Florenz gar tausende von Sozialforen gebildet.

Besonders wichtig ist die eigenständige Gründung von Sozialforen zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur, um Schlagkraft gegen die asoziale Kahlschlagpolitik der Herrschenden zu erreichen. Insbesondere der rechte Flügel von Attac versuchte nämlich das Sozialforum in Paris in eine Art Kolloquium zu verwandeln, wo in ruhiger Atmosphäre nur eine begrenzte Anzahl von Teilnehmern aus verschiedenen europäischen Ländern debattieren sollten. Doch diese Vorstellung konnten insbesondere Bernard Cassen (Le Monde) und seine Mitstreiter auf den internationalen Vorbereitungstreffen nicht durchsetzen. Bezeichnend für diese Haltung sei hierzu noch ein Interview von Cassen in der Wochenzeitschrift Marianne zitiert, wo dieser erklärte, daß die unteren Schichten der Gesellschaft, die ArbeiterInnen, Erwerbslosen und prekär Beschäftigten, derzeit über keine politische Vertretung verfügten. Es existiere für diese Unterprivilegierten und Rechtlosen nicht einmal ein Konzept. Sollte aber ein solches Konzept wieder auftauchen, fügte er hinzu, dann gehört es eher in den Bereich der Politik als in jenen der sozialen Bewegungen. Bernard Cassen war es denn auch, der auf allen Podien darauf insistierte, daß der Wechsel von der antimondialisation (Anti-Globalisierung) zur altermondialisation (alternative Globalisierung) eine Notwendigkeit gewesen sei, die es seiner Meinung nach nunmehr mit Nachdruck als Erfolg zu vertreten gilt. Diese Bemühungen um Kontrolle bzw. die Organisation von aktionistischem Leerlauf werden durch die Gründung lokaler Sozialforen zum Scheitern gebracht. Dies ist von immanenter Bedeutung, da es uns die rasant wachsende Armut und die drastische Zunahme des Überwachungsstaates verbietet, als soziale Bewegung auf dem Abstellgleis zu enden. Beklagt wurde an lokalen Sozialforen denn auch die Möglichkeit der spontanen, unkontrollierten Entfaltung von Aktivitäten. Wenn also überhaupt jemand erfolgreich für unsere Interessen rangieren wird, dann sind das wir selbst !

Bild: Anti-FTAA-Demos in Miami

Die Perspektiven für die globalisierungskritische Bewegung waren denn auch Thema des nächsten Podiums im Chapiteau Mumbai, La Villette. Insbesondere auf die Meinung des Soziologen Walden Bello vom Focus of the global South waren wir gespannt. Leider sprach Bello nicht in seiner spanischen Landessprache, was seiner begeisterungsfähigen Redeweise eher schadete. Er war sich sicher, daß unsere Tage auf dem ESF in Paris einen weiteren Meilenstein in der Organisation einer selbstverwalteten zivilen Gesellschaft darstellen und betonte, daß die neue Phase des Kapitalismus diejenige seiner Legitimationskrise sei. Als Einwohner der Phillipinen bemühte er sich, uns seine Einsichten betreffend der Ursachen und Wirkungen der asiatischen Finanzkrise zu erklären. Leider kam es zu einer technisch bedingten Unterbrechung seines Vortrages. Improvisiert wurde der Beitrag von Bernard Cassen vorgezogen. Er hatte Mühe, inhaltlich an das Niveau von Bella anzuknüpfen. Cassen hält es ebenfalls für inakzeptabel, daß wir in einer Welt leben, in der Finanzspekulationen die Gesellschaften kontrollieren und bat die Anwesenden, um Verständnis und Legitimation für unsere Ideen und Lösungen zu werben. Da wir noch nicht eine kritische Masse der Menschen für uns gewonnen / überzeugt haben, werden die Köpfe der Mehrheit auch weiterhin voll von Neoliberalismus sein. Cassens vertritt die Auffassung, daß uns der Mangel an öffentlicher Meinung von unseren Zielen wegbewegt. Trotzdem können wir nicht jahrelang warten und uns in der Opposition befinden. Seiner Überzeugung nach müssen mindestens 5 % der Bevölkerung gewonnen werden, um erfolgreich unsere Ziele erreichen zu können. Er hofft, das unsere Ideen eines tages Teil unserer real existierenden Strukturen werden.

Walden Bello erhielt gegen Ende des Podiums nochmals eine kurze Gelegenheit, sich an das anwesende Publikum zu wenden. Seiner Auffassung nach war kein Ergebnis in Cancun allemal besser für den gepeinigteren Teil der Menschheit, als das sich abzeichnende, unglaublich abschreckende Verhandlungsergebnis. Seiner Auffassung nach waren es nicht die USA, sondern insbesondere die absolute Sturheit der EU (Pascal Lamy, Wolfgang Clement), welche den

WTO Gipfel scheitern ließen. Glücklich zeigte sich Bello über die Bildung der Gruppe 21 (China, Brasilien, Indien, Süd-Afrika u.a.), welche erstmals einen wirklich relevanten und insbesondere auch gerechteren Süd-Süd-Handel durchsetzen und praktizieren. Die USA betrieben eine unglaubliche Vendetta gegen die Gruppe der 21 und spalteten Peru und Bolivien von diesen ab. Die derart korrumpierten Regierungen wurden zwischenzeitlich jedoch durch die sozialen Bewegungen der jeweiligen Staaten vertrieben bzw. inhaltlich an die Wand gedrückt. Mit Hinblick auf diese Erfolge forderte uns Bello auf, mehr Gemeinschaften einzugehen und weitergehende Bündnisse zu schließen, auch wenn es von den Sympathiewerten vielleicht nicht gerade perfekt erscheinen mag.
In diesem Zusammenhang verwies er auch auf den Krieg im Irak. Was heute im Irak passiert ist seiner Meinung nach ein Kampf gegen den Imperialismus. Deshalb sollten wir selbst hier ein Bündnis schließen. Die Gegner der US-Armee sind denn auch vornehmlich nicht Anhänger des Saddam Regimes, sondern Anhänger der Unabhängigkeit (z.B. Studenten). Bello versprach, daß wir jedem die Chance geben, in der Bewegung seine Stimme zu erheben. Dies gilt ihm zufolge vor allem auch für uns OECD-EinwohnerInnen, da der Neoliberalismus nunmehr seinen Hort erreicht. Betreffend der sog. 3. Welt bat uns Bello zu beachten, daß die seit 2001 praktizierte, neue Form von Machtausübung, sehr bald nicht nur ihre Welt beeinflußen wird. Chris Nineham von Globalise Resistance schloß sich dieser Mahnung an und verwies auf den geplanten Aktionstag gegen ökonomischen und militärischen Terror am 20. März. Nineham ist jedoch überzeugt, daß man im Bereich des Antimilitarismus vorsichtig vorgehen müsse, damit die Administration in den USA nicht zu sehr in die Ecke getrieben wird und dann „wie ein wildes Tier" ein neues Land auf seiner Liste der Schurkenstaaten angreift. Bis zum 3. Sozialforum im November 2004 müssen wir in Europa trotz aller Unterschiede in erster Linie die Gemeinsamkeit unserer Interessen und Bedürfnisse formuliert und klar zum Ausdruck gebracht haben, daß wir dieselben in keiner Weise dem Profit unterordnen werden.

Am nächsten Tag wurde die Diskussion betreffend der Perspektiven für die Bewegung der GlobalisierungsgegnerInnen im Chapiteau Mumbai fortgesetzt. Erinnert wurde nochmals an den großen Erfolg der weltweiten Mobilisierung zum Aktionstag gegen Krieg und militärischen Terror am 15. Februar 2003. Wie auch auf anderen Podiumsdiskussionen, so wurde auch auf unserer der Wunsch geäußert, daß von dem vereinbarten Aktionstag am 20. März 2004 und damit vom ESF in St. Denis / Paris ein starkes Signal ausgehen möge. Sollten sich die Gewerkschaften, also vor allem deren Basis, an diesem Aktionstag wie erhofft

Bild: Anti-FTAA-Demos in Miami

beteiligen, wird es zu einem sozialen 15. Februar kommen, namentlich gegen den ökonomischen Terror.
Eine griechische Aktivistin bemerkte völlig zu Recht, daß 2003 ein hervorragendes, gutes Jahr für uns im Kampf gegen den Neoliberalismus war. Gerade weil die Medien dieses Faktum unterdrückten, sei das die Lektion, die wir aus dem vergangenen Jahr zu lernen haben. Als Beispiel nannte sie die Proteste in Tessaloniki und Cancun, wo sowohl das Ausmaß der Ergebnisse als auch die Teilnehmerzahlen durch die Medien völlig verzerrt dargestellt worden waren. Mit Rückblick von heute muß man sagen, daß dies auch für das Scheitern der europäischen Verfassung anfang Dezember 2003 gilt. Niemand machte in unseren Medien den deutschen Chauvinismus für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich. Verhindert wurde, daß der Neoliberalismus Verfassungsrang erhielt. Deshalb ist es wichtig, daß mit Hinblick auf die asozialen Bestrebungen der Herrschenden, auch an der zweiten Aktion, namentlich der Organisierung des Sternmarsches auf Rom (Auftaktkundgebung u.a. am 24.03. auf dem place de la republique in Paris)und dessen große Manifestation am 9. Mai 2004 festgehalten wird. Für diesen Tag war die Ratifizierung des Verfassungsentwurfes geplant. Joschka Fischer sprach sich in diesem Zusammenhang übrigends dagegen aus, eine Akklamation dieser (unsozialen) Verfassung per Plebiszit zu vollziehen. Uns soll also eh nur ein neoliberales Grundgesetz aufoktroyiert werden. Was eine Verfassung ausmacht, haben insbesondere die Demokraten in Deutschland noch nie begriffen. Fest steht jedoch, daß sich nunmehr auch das deutsche Hegemonialkonzept in der Krise befindet. Das ist eine gute Position !

Der wohl am besten in den Widerstandsstrukturen des sog. Trikonts verankerte Wirtschaftsbereich der OECD-Staaten ist der der Bauern und Landwirte. Leider konnten wir am 15. nicht mehr selber an dieser in St. Denis stattfindenden Veranstaltung teilnehmen. Anwesend waren neben zahlreichen ZuschauerInnen u.a. der MST (Movimento sam Tierra, Landlosenbewegung) aus Brasilien, Via Campesina (inzwischen Weltweit organisiert) und natürlich die französische Confédération Paysanne. Gemeinsam war allen die Angst vor dem Einbringen toter Ernten, sprich unfruchtbarer Saaten. Dieses taube Korn, auch Saat des Hungers genannt, wird den Bauern derzeit allerorten (bisher mit mäßigem Erfolg) aufgezwungen. Maßnahmen gegen Du Pont, Monsanto, BASF etc. wurden gefordert. Wütend reagierte man auch auf den erneuten Versuch, über gentechnisch veränderte Getreidesorten Nachbaugebühren beim Saatgut durchzusetzen zu wollen. Letztendlich sind es diese manipulierten Sorten, durch die Jahrhundertelange Domestizierungserfolge kontaminiert werden. José Boveé von der Confédération schilderte das Treffen auf dem Hochplateau von Larzac, am dem im vergangenen Sommer gut 300.000 Militante teilnahmen. Die Deligierten von Via Campesina (Landarbeiter- und Bauernorganisation mit inzwischen mehr als 10 Millionen Aktivisten) brachten ihre Freude über den Gipfel der Militanten im franzšsischen Cancum gegen das zeitgleiche Treffen des WTO im mexikanischen Cancun zum Ausdruck. Heftigst wurden die Subventionen für EU-Agrarexporte kritisiert. Diese hochsubventionierten Agrarexporte überschwemmen insbesondere vor der Erntezeit in den Trikontländern mit aller Regelmäßigkeit die dortigen Nahrungsmittelmärkte und zerstören dadurch die Preise. Die Folge ist, daß die Landwirte in den betroffenen Trikontländern ihre Ernten auf den eigenen Märkten oftmals zu Dumpingpreisen absetzen müssen und sich immer weiter verschulden. Teilweise brechen die lokalen Märkte für Nahrungsmittel regelrecht zusammen. Dadurch werden diese Staaten in Unterentwicklung gehalten. Dort wo die Nahrungsmittelproduktion infolge von hochsubventionierten Agrarexporten der EU bzw. USA zusammenbricht, nehmen Mangelerscheinungen in der Bevölkerung zu und die Sterblichkeitsrate der Kinder steigt dramatisch. Grauenhaft war auch die Bilanz der Hofstellen innerhalb der EG. Erstmals in der Geschichte droht bei uns das Ende der bäuerlichen Landwirtschaft. Während Milliardensubventionen zur Zerstörung von Nahrungsmittelproduktionen in Übersee ausgegeben werden, erhalten innerhalb der Europäischen Gemeinschaften einige

Agrarindustrielle den Ÿbergroßen Teil der Subventionen. Immer öfter machen hier die ruinösen Preise den wenigen verbliebenen landwirtschaflichen Familienbetrieben den Garaus. Wenn man die Suizidraten unter unseren Landwirten betrachtet, möchte man kaum glauben, daß die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung durch unsere BäuerInnen die ursprüngliche Geschäftsgrundlage des EG-Vertrages war. Schlimmes wird auch befürchtet , weil für alle Anwesenden vor dem Podium deutlich wurde, wie hüben und drüben den Landwirten ihre oftmals selbstorganisierten Absatzwege veruntreut bzw. gezielt in den Ruin gemanaged werden. Südmilch läßt grüßen, gell ?

Aus Platzgründen soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Auch muß die Darstellung der Diskussionen, welche auf anderen Versammlungen geführt wurden, aus verschiedenen Gründen hier unterbleiben. Bemerkt sei lediglich, daß auf dem ESF Zeitmangel herrschte. Wiederholt wurde den Promis vorgehalten, daß sie zu weitschweifig argumentierten und zuviel von der Redezeit für sich in Anspruch genommen hätten. Das stimmt schon deshalb, weil die RednerInnen oftmals nicht auf den Punkt kamen, und Redezeit in Anbetracht der zu vermittelnden Informationen ein kostbares Gut war. Mancher Promi hat sich vielleicht für zu wichtig genommen und hätte entweder eine wirklich gute Rede gehalten, oder schneller sagen sollen was es zu sagen gab ! Äußerst starke Kritik wurde auch darüber geäußert, daß sowohl das Welt- als auch das europäische Sozialforum nur alle zwei Jahre stattfinden soll. Befürchtet wird insbesondere eine Bürokratisierung der Sozialforen z.B. mittels Geschäftsordnungen und ähnlich gearteter Hierarchieschweinereien. Es bleibt also nur unser Hinweis auf das (hoffentlich erfolgreiche) Weltsozialforum, daß vom 16. – 21. Januar in Bombay durchgeführt wird.
Am Vorabend der Demonstration trafen wir uns im Salle des mariages der Mairie von St. Denis. Die Frage, ob wir Reformen wollen oder eine Revolution, war keine mehr. Peter Wahl von Attac Deutschland und Horst Schmitthenner von der IG Metall machten jedoch einen ganz schlechten Eindruck. Peter Wahl besserte sich im zweiten Anlauf dann aber etwas. Hugo Braun war zunächst ebenfalls etwas wortkarg und Christine Buchholz schien mehrmals peinlich gerührt. Erst der wütende Protest der Anwesenden und die kämpferische Rede von Matthias Fritz, Vertrauenskörperleiter der IG Metall bei Mahle in Stuttgart, machte Dampf auf.

Wir hatten in den letzten Tagen durch TeilnehmerInnen von Russland bis Portugal bestätigt bekommen, daß die Rechte der Demokratie allerorten immer weiter ausgesetzt werden. Immer wieder wurde die Auffassung geäußert, daß unter der Aussetzung des Rechts der Krieg liege und sich die Entwicklungen inzwischen außerhalb demokratischer Kontrolle befinden. Als bedrohlich empfunden wurde u.a. die allerorten drastisch zunehmende Autonomie der Exekutive und die Einflußnahme der privaten Konglomerate mittels Kontrolle der Medien. Auch die Reisefreiheit, wie sie in Schengen vereinbart worden ist, existiert, wie das Jahr 2003 mal wieder zeigte, nicht mehr. Viele wissen, daß der Kompromiß einer wirklichen Demokratie trotz des kapitalistischen Marktes errungen wurde. Nunmehr hat der Neoliberalismus die Demokratie jedoch in einen süßen Tod geführt. Trotzdem bzw. deshalb scheint die Zuspitzung des sozialen Konfliktes von unserer Seite her ohne eine europäische Dimension immer unangebrachter. Und nun das : Während wir uns fragten, wie es möglich war, den Aufbau der sozialen Konflikte zu übersehen, wiegeln die Herren Wahl und Schmitthenner die Notwendigkeit zur offenen Auseinandersetzung ab; wobei letzterer uns sogar noch Arroganz und Überheblichkeit vorwarf.

Schließlich wurde insbesondere den Herren Schmitthenner und Bsirske vorgehalten, daß die Gewerkschaften in Italien, Spanien, Griechenland, Frankreich, Polen und sogar Großbritannien, bereits mit den dortigen sozialen Bewegungen zusammenarbeiten. Es wurde von verschiedenen Anwesenden gefordert, auch in Deutschland endlich eine solche Kooperation auf Augenhöhe zustandezubringen. Endlich wurde dann darauf hingewiesen, wieviel Enttäuschung sich am 20. März auf den Kundgebungen der europäischen Nachbarn breit machen würde, wenn in Deutschland wieder einmal der Kampf um soziale Rechte nicht stattfände.
Schließlich erhob sich Frank Bsirske von der Organisation Verdi und sicherte für seine Gewerkschaft zu, daß man sich Aktiv, und zwar mit der ganzen Organisation an dem Aktionstag im März beteiligen werde. Leider wurde dann vereinbart, auf der Versammlung der Sozialen Bewegungen am 16.11. dafür zu plädieren, den 20. März noch nicht als gemeinsamen europäischen Aktionstag auszurufen. Als Grund wurde vorgeschoben, daß dem DGB bis Anfang Dezember die Möglichkeit gegeben werden sollte, sich eigenständig, also aus freien Stücken, für eine Teilnahme am Aktionstag zu entscheiden. Über diese Taktik sollte auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) gewonnen werden. Die Wochenzeitung Jungle World kommentierte diesen, auf der Deligiertenversammlung des ESF tatsächlich auch so getroffenen Beschluß, mit der Befürchtung, daß dieser für den Aktionstag zu einem Begräbnis erster Klasse führen könne. Tatsächlich hat der EGB, also der europäische Gewerkschaftsbund, seine europäischen Aktionstage gegen Sozialabbau auf den 02. und 03. April festgelegt (In Deutschland wird es am 03.04. Großkundgebungen -unter Beteiligung des DGB- in Stuttgart, Köln und Berlin geben). Große Teile der sozialen Bewegungen auf dieser Welt und auch der linken Gewerkschaftsverbände sind mißtrauisch, weil der EGB sich über einen bereits vereinbarten Termin hinweggesetzt hat und in der Vergangenheit immer wieder ein unzuverläßiger Partner war. Setzen wir also alles auf den 20. März und bemühen anschließend noch zusätzlich unsere schmalen Ressourcen für die außerplanmäßigen Aktionstage am Anfang des April (am 02.04. lokale Demo's auf Betriebsebene !) ? Unerläßlich ist es jedenfalls, daß die soziale Situation der Menschen abseits der Kostenfrage auf die Tagesordnung gelangt und eine Entscheidung gegen den anonymen Terror des Kapitalismus erzwungen wird !!! Die Agenda 2010 muß abgefackelt werden !

Während Hugo Braun von der Initiative für ein Sozialforum in Deutschland für das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen am 30.11. in Frankfurt / Main warb, riefen Gülbahar Aslan vom Kurdischen Frauenbüro und Dieter Hartmann von der Initiative für ein Berliner Sozialforum dazu auf, möglichst zahlreich an der Abschlußdemo des ESF teilzunehmen und gaben den optionalen Treffpunkt für einen deutschen Block auf der Abschlußdemo bekannt. Obschon die meisten der etwa 500 in der Mairie Anwesenden sicherlich an der großen Manifestation teilnahmen, haben sie es offenbar vorgezogen, im Block der AnarchistInnen bzw. der Ataccis mitzulaufen, da der entsprechende Boulevard fast nur durch einige (ziemlich stumpfe) DKP'ler aufgesucht wurde.

Am 15. November ging das 2. europäische Sozialforum seinem Ende zu. Es verabschiedet sich nicht versteckt und kläglich, sondern beweist am Nachmittag mit seiner Abschlußdemonstration noch einmal seine Stärke und Vielfalt. Mehr als 250.000 Antimondialisten demonstrierten in den Straßen von 1789 und der Commune von 1871, daß sie die Zukunft bestimmen wollen. Hier an der Wiege der europäischen Demokratien zeigte sich eine selbstbewußte Bewegung, die die nationalen Grenzen überwunden hat und die entschlossen an der Überwindung ihrer erstarrten, in der sozialen, politischen und ökonomischen Agonie liegenden Gesellschaften arbeitet. Unsere Vielfalt ist ebenso anziehend wie erstaunlich. Auf dem mehr als dreistündigen Zug vom Place de la Republique zur Place de la Nation paradieren nicht nur die traditionellen Organisationen und Bewegungen, hier zeigten sich die vielen neuen Gesichter des Widerstandes, der sich die letzten Jahre gebildet hatte. Die Bandbreite der Botschaften reichte von riesigen Nationalfahnen (Italien) bzw. Euskal Hierra (Baskenland) und Symbolen von verschiedensten Gruppierungen der französischen Gewerkschaften (CGT, Sud, CNT) aber auch der Basisgewerkschaft COBAS aus

Italien, über Botschaften für ein anderes, soziales, nicht kapitalistisches Europa bis zu Friedens- und Antikriegs-Transparenten. Arbeit und Sozialpolitik war ebenso Thema in verschiedenen Sprachen. Ein großer Block der Sans Papier („der illegalen Flüchtlinge") war ebenso dabei wie Sozialforen aus den unterschiedlichen Winkeln Europas. Das Forum aus Luxemburg hatte zum Beispiel einen eigenen Block, Städteforen aus Italien (z.B. Mailand, Bologna, Florenz, Rom) hoben sich ebenfalls durch ihre großen Transparente aus der Demo heraus. Stark war auch die Beteiligung der arabischen Sympathisanten. Aus Paris selber gilt es dann einen eigenen Block des Bezirks Bobigny zu erwähnen, wo auch ein Teil des ESF stattfand. Anwesend waren natürlich auch die Disobbedienti. Besonders gelungen war der Queer/Tunten/Pink-Block, wo sich unter dem Motto Ni putes, ni soumises verschiedene feministische Gruppen mit sexuellen Minderheiten versammelt hatten. Das Ende der Demonstration bildete ein großer Block der Anarchisten.

Aus der BRD waren vereinzelt Leute erkennbar, im Block von Attac, die IG-Metall und Verdi waren zu sehen, aber auch Leute der Lackiererei VW Wolfsburg zum Beispiel. Was Deutschland anbelangt, so waren seine EinwohnerInnen mit 3.000 - 5.000 Teilnehmern in Paris kaum beteiligt an der sowohl inhaltlichen, wie organisatorischen Prägung dieser Bewegung. Die soziale Bewegung in Deutschland liegt um Jahre hinter der des europäischen Auslands zurück, wobei pessimistische Stimmen meinen, daß es bereits den Anschluß an das Europa von unten verloren hat. Seine Vertreter auf den Foren und Seminaren machten zumeist einen peinlichst kläglichen Eindruck; wichtige und bedeutende Foren waren gar nicht mit deutschen Vertretern besetzt. Deutschland hatte nicht viel zu bieten, weder inhaltlich noch organisatorisch. Und es wurde auch immer wieder in persönlichen Diskussionen die Frage nach den Gründen gestellt. Um so mehr bestach die intellektuelle, theoretische und rhetorische Brillianz der anderen europäischen Delegationen, vornehmlich der spanischen, italienischen, französischen, englischen, griechischen und der Delegierten der nationalen und kulturellen Minderheiten in Europa.

Schon die Spitze des Zuges signalisierte, daß die Antimondialisten in Paris nicht mit staatlicher Repression zu rechnen haben. Ein Dutzend Mannschaftswagen, ein Dutzend Flics. Die digitalen Anzeigen der Hauptverkehrsadern und Boulevards in der Innenstadt hießen das Europäische Sozialforum willkommen. In gebührendem Abstand zu den zukünftigen Arbeitslosen einer anderen Welt, den Flics, der Beginn des Zuges. Flankiert wurde die Demonstration von zehntausenden pariser AnwohnerInnen, welche sich uns, insbesondere nach Einbruch der Dämmerung, in sehr großer Zahl anschlossen.
Die bereits erwähnte Spitze des Demonstrationszuges wurde neben den gastgebenden Bürgermeistern der Stadt Paris vom Block der Koordination der Intermittenten (die temporär Beschäftigten im Medienbereich) und Prekären der Ile de France angeführt. Weiterhin anwesend waren in der Spitze die Selbstorganisation der ebenso hilfreichen wie unermüdlichen DolmetscherInnen, Babels. Erwähnt werden sollen an dieser Stelle auch Teile der italienischen Cobas, der Ungehorsamen und die Gruppen ALB und Fels aus Berlin. Die ESF-Elite (Berufs-Repräsentanten, Gewerkschaftsführer) wurde während der Demonstration von der Demonstrationsspitze verdrängt. Reformistische Standpunkte waren während der Manifestation auch nur marginal vertreten, so daß die Verdrängten sowieso nicht repräsentativ waren.
Die Route hielt sich vom Stadtzentrum fern, da es zwischen der Regierung Chirac und den reformistischen Kreisen der ESF-Vorbereitung den Deal gab, das ESF nicht im Stadtzentrum sichtbar werden zu lassen. (Dies misslang zumindest teilweise). Die Verdrängung der ESF-Elite hat aber noch einen weiteren Grund. Nachdem das Regionalparlament der Ile-de-France aufgrund einer verlorenen Abstimmung einen zugesagten Zuschuß von 300.000 Euro platzen ließ, verfügte in den Kreisen der Militanten keiner über die Mittel, für die Auftaktkundgebung bzw. die Abschlußkundgebung das notwendige Equipement (Sound) so kurzfristig zu finanzieren. Da die Elite des ESF sich hierfür offenbar zu schade war, konnte sie sich ruhig weiter hinten in die Bresche werfen. Im Regionalparlament für den Großraum Paris haben übrigends die Konservativen zusammen mit Front National (FN) und Mouvement national républicain (MNR) gegen jede Unterstützung des Sozialforums gestimmt. Die linken Kritiker des ESF, welche meinen, daß wir es uns auf den von Chrirac bereitgestellten Plätzen bequem gemacht haben, sind genaugenommen entweder schlecht informiert, oder eben nur linke Spießer !
Zum Abschluß dieses zu lang geratenen Berichtes sollten noch ganz kurz die Ereignisse am Ende des Demonstrationszuges beschrieben werden. Dort haben sich der Block der französischen Sozialisten (langjährige Regierungspartei) auf der einen Seite und die Blöcke der Federation anarchiste (FA) bzw. der CNT (anarcho-Gewerkschaft) auf der anderen, über die Dauer der Demonstration in die Haare gekriegt. Da die Sozialisten als ehemalige Regierungspartei einen schlechten Eindruck hinterlassen hatten, wurden sie von unseren AnarchistInnen nicht gerade gemocht. Als sich dann die etwa 100 Bodyguards der rund 200 Sozialisten provokant verhielten, warfen die Anarchos mit Flaschen. Daraufhin gingen die Bodyguards mit Stöcken auf diese los. Das hätten sie besser nicht getan ... , aua aua ... .

ein Reisender

Filmriß

De neie Apparatspott

Gerangel in Ruum & Tied

BRD 2003, 90 min.

DVD, plattdeutsche Originalfassung ohne dt. Untertitel

De Apparatspott 2 „Die Plengonen schlagen zurück" - op Platt. Der niedersächsische Filmemacher Martin Hermann (Sulingen) zeigt mit seiner Crew eine plattdeutsche Parodie auf das Sience-Fiction Genre.
Der blaue Planet ist ernsthaft bedroht. Die komplette Bier-Versorgung auf der Erde ist in der Hand extraterrestrischer Plengonen. Der Bierpreis steigt ins unermessliche und das Schützenfest in Sulingen steht unmittelbar bevor. Doch ein Schützenfest ohne Bier – so etwas darf es nicht geben. Also bittet die dörfliche Bevölkerung ihre Bauern Kork, Spick, Pulle, Schrotty sowie Chefkoch, erneut den Raumkreuzer „Apparatspott" – ähnelt einem Güllefass mit 2 Zusatz- Boostern - flott zu machen, ins All zu fliegen und den edlen Gerstensaft wieder zu beschaffen. Ein spleenig-groteskes Filmwerk, handwerklich brilliant gemacht, trashig, schön und mit feiner Ironie unterfüttert. Apparatspott ist übrigens plattdeutsch und bedeutet im Hochdeutschen „Elektrischer Einmachkochtopf". *(www.filmemoker.de)*
Die Filmemacher werden anwesend sein und stellen sich den Fragen des Publikums.

Plattdeutscher Kultfilm

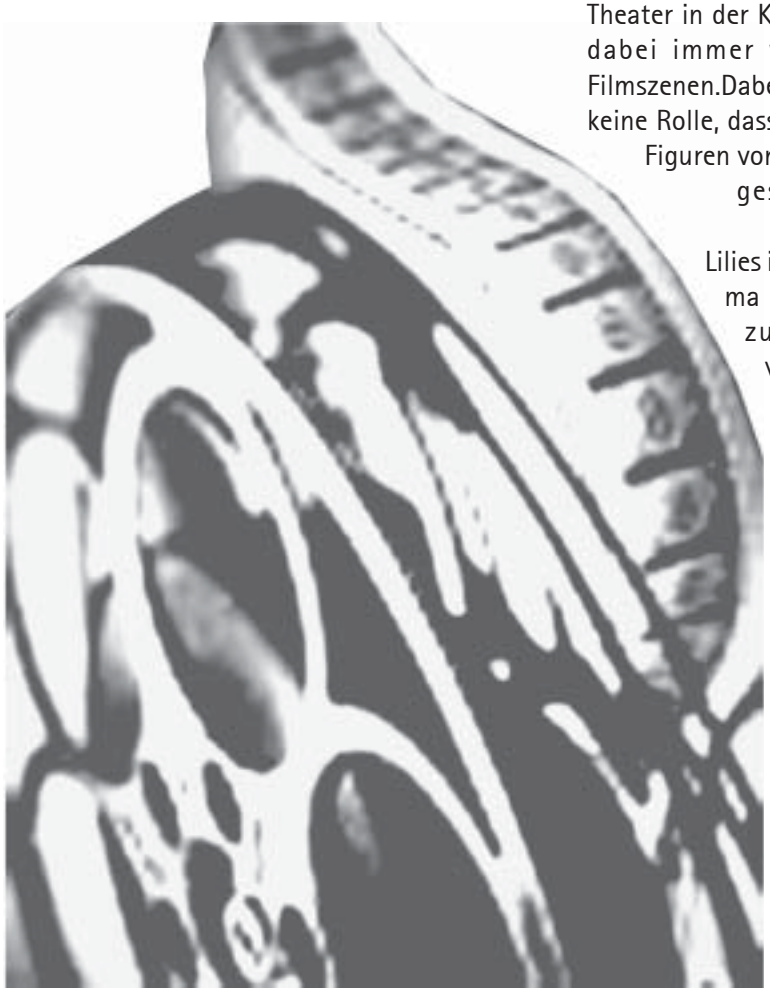
Sa. 14.02.2004
PFL, 20.00 Uhr

RollenWechsel-Veranstaltung im Februar 2004

cineRosa präsentiert im Februar den Klassiker

Lilies
Regie: John Greyson, Kanada 1996, 95 min, 35mm, engl. OmU

Mittwoch, 25.02.2004, 20.30 Uhr
Donnerstag, 26.02.2004, 20.30 Uhr



Kurzfassung:
Der katholische Bischof Bilodeau reist Anfang der fünfziger Jahre in ein Québecer Gefängnis, wo ein alter Häftling die Beichte ablegen will. Sehr schnell wird Bilodeau klar, dass er selbst Teil der Vergangenheit des Häftlings ist.
Die Geschehnisse von vor vierzig Jahren, die leidenschaftliche Liebe zwischen zwei jungen Männern und wie dramatisch sich diese entwickelt, werden dem Bischof wieder vor Augen geführt, indem die übrigen Insassen der Strafanstalt diese in der Gefängniskapelle nachspielen. Das Theater in der Kapelle vermischt sich dabei immer wieder mit echten Filmszenen.Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, dass auch die weiblichen Figuren von Männern gespielt werden.

Lilies ist ein poetisches Drama über eine erste Liebe zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts, die durch Neid und unerfüllte Sehnsüchte zerstört wird. In wunderbaren Bildern, mit erstklassigen Kostümen, mitreißenden Darstellern und eindrucksvoller Musik wird in diesem schwulen Klassiker eine lang vergangene Zeit wieder zum Leben erweckt. Gleichzeitig wird aber auch das schwulenfeindliche Klima zu Beginn des letzten Jahrhunderts dargestellt.

Bildmaterial unter http://www.rollenwechsel.net/02_04_presse.html
zu cineRosa:
cineRosa - die monatliche Filmreihe im cine k

Seit November 2003 zeigt die lesbischwule Kinogruppe RollenWechsel in Kooperation mit dem Medienbüro regelmäßig Filme. Mit cineRosa gibt es dann ein zweites monatliches Angebot an lesbischwulen Filmen in Oldenburg.
Zu jedem Monatsende wird es einen Film geben, der sich mit spezifisch lesbischwulen Themen auseinandersetzt oder der feministische und/oder queere Inhalte vermittelt.
Geplant ist eine gute Mischung aus Information und Unterhaltung, aus Dokus und Spielfilmen. Mit unseren Veranstaltungen ergänzen wir das Angebot an queerer Filmkultur in Oldenburg um die *anderen* Filme.

Kontakt zu RollenWechsel: rw@rollenwechsel.net, Tel. 0441-2339388 oder 0179-9121728

Internet: www.rollenwechsel.net

Reihe cineRosa im cine k der Kulturetage, Bahnhofstraße, Oldenburg

KEIN NAZIAUFMARSCH IN WHV ODER SONSTWO!!

Am 20.03.2004 will der Landesverband der NPD unter dem Motto „HEIMREISE STATT EINWANDERUNG - DEUTSCHE KINDER BRAUCHT DAS LAND“ in Wilhelmshaven auf dem Valoisplatz (ca. 11 Uhr) aufmarschieren. Unter dem genannten Motto sind bereits Demos im Zuge einer Kampagne in Hannover, Braunschweig und Lüneburg Ende letzten Jahres durchgeführt worden. Den Anfang dieses Jahr machen Osnabrück (28.02.04) und danach eben Wilhelmshaven.
Wir sagen Schluss mit rassistischer und faschistischer Hetze, egal ob auf der Straße, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Jugendzentrum, im Elternhaus, etc.

Solidarisierung mit den Opfern von
rassistischen und Faschistinschen Übergriffen.

Kein Raum, keine Strasse und
kein Verstaendnis fuer Nazis!
Achtet auf Ankündigungen!

ANTIFA HEISST ARSCHTRITT!

Soli-Aktion

07. 02.

gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

Vom 6.-8. Februar findet in München die NATO-Sicherheitskonferenz statt. Die Konferenz ist kein nettes Beisammensein; dort werden die nächsten Kriege geplant! Da treffen sich die Verantwortlichen für Zerstörung und Elend auf dem gesamten Globus! Solidarisieren wir uns mit dem Widerstand in München gegen die NATO-Konferenz ! Kommt alle zur Soliaktion hier in Oldenburg !

☆ Samstag 07. 02. 13.00h Lefferseck ☆

Naziaufmarsch verhindern!

Am 28. Februar will der Landesverband Niedersachsen der Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) im Zuge der Kampagne „HEIMREISE STATT EINWANDERUNG, DENN DEUTSCHE KINDER BRAUCHT DAS LAND“ eine Demonstration in Osnabrück durchführen. Zuvor organisierte die NPD-Aufmärsche in den Städten Hannover(24.05.), Braunschweig(18.10.) und Lüneburg (29.11.) in diesem Jahr unter diesem Motto.

Wenngleich der Naziaufmarsch durch den Landesverband organisiert ist, so kann er sich doch auf eine gute Infrastruktur in Osnabrück stützen. Denn seit die Faschistinnen und Faschisten gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung“ 1999 in unserer Stadt protestiert hatten, ist eine deutliche Stärkung der hiesigen Naziszene zu verzeichnen. So gründete sich in der Region der „Nationale Widerstand Osnabrücker Land“ (NWOSL), der sehr eng mit dem NPD-Kreisverband zusammen arbeitet. Auch ist die bundesweite Vernetzung der Szene stark angestiegen. Dieses äußert sich nicht nur an der Teilnahme an bundesweiten Demonstrationen und Treffen, wie am Pressefest in Meerane (Sachsen) am 09. August 2003, ausgerichtet vom NPD-Verlag “Deutschen Stimme“, sondern auch an eigens durchgeführten Vorträgen mit bundesweiten Kadern, wie dem ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günther Deckert am 02. August 2003 im sogenannten NPD-Zentrum am Haderberg.
Das Zentrum dient den hiesigen Nazis auch für NPD-Wahlveranstaltungen, Liederabende, privaten Feiern und zur Vorbereitungen von anderen Aktionen. So veranstalteten die Rechtsextremen am ersten Wochenende im Mai diesen Jahres zwei Konzerte mit einschlägig bekannten Nazibands in der nähe von Bramsche. Des weiteren dient der städtisch geförderte Nazitreff in Voxtrup den Nazis als rekrutierungs- bzw. mobilisierungs- Ort.

Mit der Parole „Heimreise statt Einwanderung, denn deutsche Kinder braucht das Land“ knüpft die NPD an die rassistischen Pogrome Anfang der neunziger Jahre an, sie suggerieren Migrantinnen und Migranten seien an „allen Übeln“ schuld. Dem entgegen setzen sie in ihrem rassischen Wahn „das deutsche Volk“. Sie schüren damit rassistische und antisemitische Gewalt, die in Deutschland an der Tagesordnung ist, aber nur punktuell die Beachtung von Politik und Medien findet. Wie z.B. die Verhaftung von Nazis in München, welche einen Anschlag auf eine Synagoge geplant hatten. Auch wenn das Verbotsverfahren gegen die „NPD“ gescheitert ist: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Es geht darum, deutlich und überall, sei es am Arbeitsplatz, in der Schule, im Jugendclub oder in der Nachbarschaft, gegen Rassismus und Faschismus einzutreten und die Opfer des faschistischen und rassistischen Terrors zu unterstützen. Den faschistischen Parteien und Gruppen keinen Raum zu lassen, wo immer sie ihre menschenverachtenden Parolen verkünden wollen.

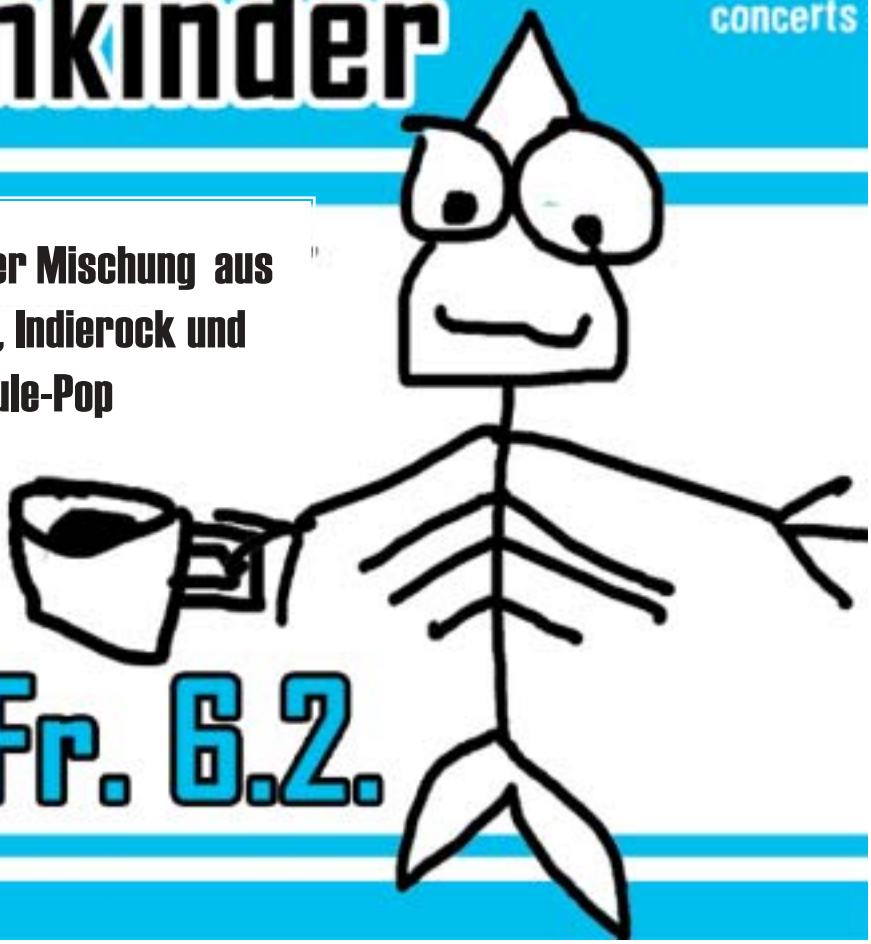
www.antifa-os.de

die Grätenkinder

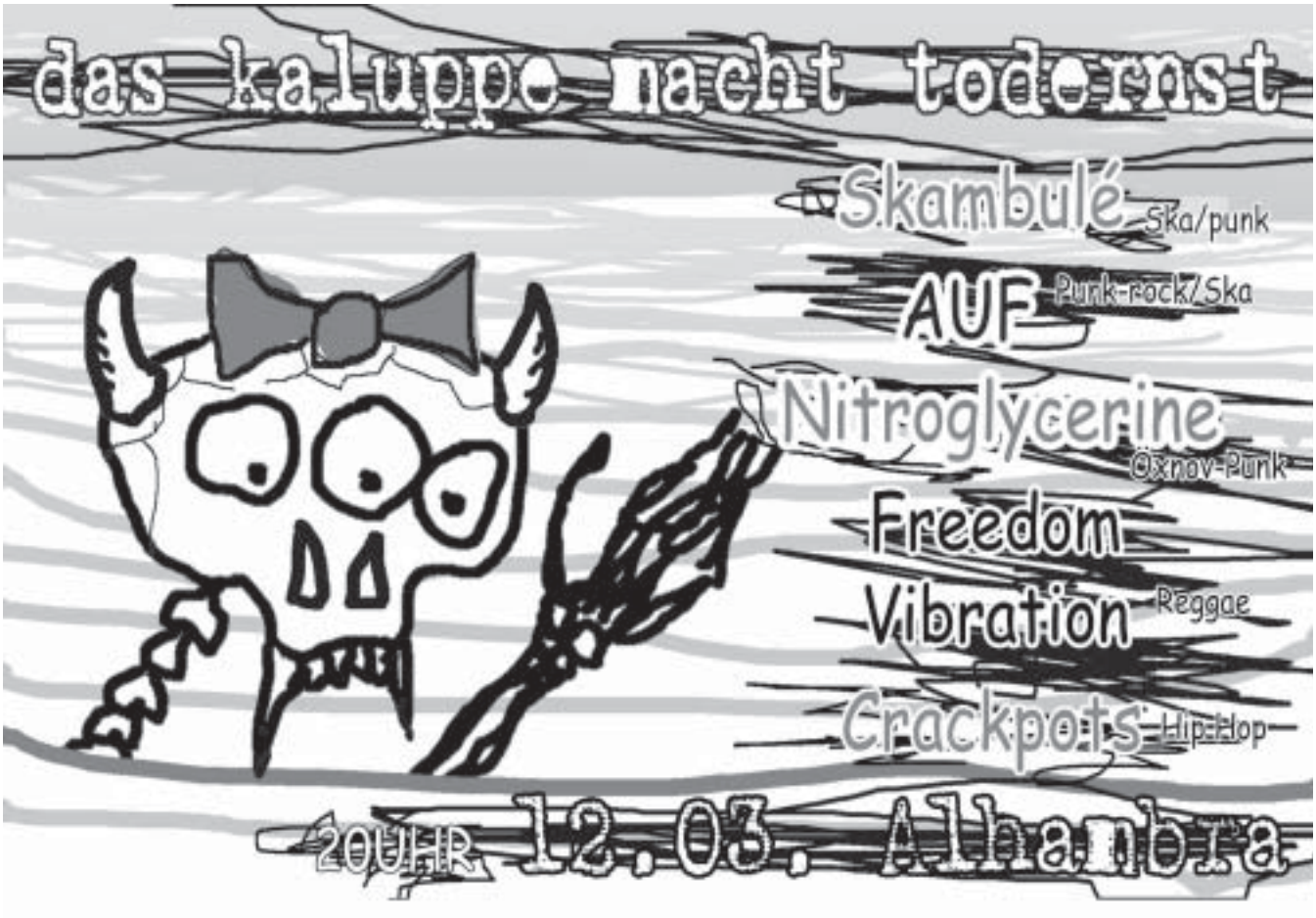
crush hour concerts

gute musik zur richtigen zeit: 22 Uhr anfang

Konzert mit einer Mischung aus Orgelpunk, Beat, Indierock und Hamburger-Schule-Pop



Alhambra Fr. 6.2.



rechtshilfe comix Teil 7

fortsetzung folgt

Februar

Termine im Februar

Mo.	02.02.	20.30h	VA.: Rückblick ESF - Ausblick Aktionstag gegen Sozialkahlschlag und Krieg
Di.	03.02.	21.00h	redredred: army of pouch (USA) just went black (HH)
Do.	05.02.	22.00h	Fachschaftsparty Pädagogik
Fr.	06.02.	22.00h	crushhourconcerts: Grätenkinder
Sa.	07.02.	22.00h	Homophilias
Mo.	09.02.	20.00h	.rtf (radikalestextformat) LeseKneipe
Do.	12.02.	19.30h	VA.: Die brasilianische Landlosenbewegung MST
Fr.	13.02.	22.00h	Medien-Bus-Party
Sa.	14.02.	22.00h	Frauenlesben-Disco
Do.	19.02.	19.30h	Vorbereitungstreffen zum Naziaufmarsch in Osnabrück
Fr.	20.02.	22.00h	Goa-Party von IXGHEL
Sa.	21.02.	22.00h	Männerfrabrik
Fr.	27.02.	22.00h	GoaParty
Sa.	28.02.	22.00h	Rosa Disco

und im März...

Do.	04.03	19.30h	1. Mai-Vorbereitungstreffen inkl. Einstimmungsveranstaltung
Fr.	05.03.	21.00h	konzert: mighty viges

Monatlich

1. Mi. 20.00 Frauenlesben Kneipe
1. Do. 21:00 Jazz-Cafe
2. Do. 21:00 Sansibar-Kneipe
2. Do. 20.00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20.30 NutzerInnenplenum

Wöchentlich:

Mo. 18.00 Archiv Mo. 18.00 Crush Hour Concerts
Mo. 20.30 Antifa - Cafe Do. 17.00 Jugendcafe „Kaluppe"
Do. 18.00 Infoladen Metropole
Do. 19.00 Vokü Do. 21.00 Oldenburger Rechtshilfe